

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Wfg. Telefon Sammelnummer 72208 — Postkontonummer Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72208. — Verlag in Leipzig: Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72208	Insertenpreise: Die 10 Spalten, Kolonellspalte 35 Wfg., bei Platzparität 40 Wfg. Stellenangebote 10 Wfg., Kolonellspalte 25 Wfg. Familienanzeigen von Privaten die 10 Spalten, Kolonellspalte mit 50% Nachsch. Restlamesp. 2 Wfg. Inserate v. ausw.: die 10 Spalten, Kolonellspalte 40 Wfg., bei Platzparität 50 Wfg., Restlamesp. 2.25 Wfg.
--	---	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Im Zeichen der Verbandstage.

Drei Gewerkschaftskongresse eröffnet.

Leipzig, den 19. September 1927.

In Leipzig, wo vor fünf Jahren derjenige der Kongresse des ADGB getagt hat, der bisher die entschiedenste theoretische Besetzung des Gedankens der Gewerkschaftskonzentration in der Form der Industrieverbände aussprach, sind heute morgen die drei Verbandstage der Brauer und Mühlenarbeiter, der Bäcker und Konditoren und der Wäpfer zusammengetreten, um praktisch den Gedanken des Industrieverbandes für das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe durchzuführen. Die Volkshausverwaltung hat die Tagungsräume freundlich ausgeschmückt. Weniger freundlich sieht vorläufig, so ist persönlichen Andeutungen und gewissen Anspielungen in den Eröffnungsreden zu entnehmen, die Situation für die Verschmelzung aus. Es bestehen noch eine Reihe von Differenzen. Nur hütet sich jeder, zu diesen Differenzen in einer Weise Stellung zu nehmen, daß man nachher mit dem Finger auf ihn als den Schuldigen an einem eventuellen Nichtzustandekommen der Verschmelzung weisen könnte.

Die Tagungen der verhältnismäßig kleinen Verbände erhalten ihre Bedeutung durch das Programm, das ihnen gestellt ist. Dem entsprechend ist auch die Besetzung durch Gäste. Vom ADGB ist der Genosse Graßmann als Vertreter gemeldet. Für die Internationale Union der Lebens- und Genussmittelarbeiter und -arbeiterinnen ist deren geistig beweglicher und organisatorisch geschickter Sekretär Jean Schifferstein aus Zürich erschienen. Delegierte haben außerdem abgeordnet die Bräuerorganisationen der Tschechoslowakei, von Österreich, der Schweiz, von Schweden und Norwegen, von Belgien und Jugoslawien. Soweit diese Gäste bisher zu Worte gekommen sind, hat insbesondere Schifferstein die große Bedeutung des geplanten Verbandes zusammenfassend hervorgehoben. Er mahnte, die Frage nach einem jährlichen Gesichtspunkten zu entscheiden, sich allein leisten zu lassen von der Überlegung: was ist im Interesse der Arbeiterklasse notwendig? Die Debatte müsse von hohen Zielen geleitet sein und freigehalten werden von allen unwesentlichen Differenzen. Der tschechoslowakische Vertreter, Bina, Prag, unterstrich diese Mahnungen durch den Hinweis auf die guten Ergebnisse der Gewerkschaftszentralisation in seinem Lande. Auch der Genosse Schilling, der als Vertreter des Ortsausschusses Leipzig des ADGB kurze Begrüßungsworte sprach, wünschte, insbesondere der Verschmelzungsgang guten Erfolg.

Als erster der vier Verbandstage (der Verbandstag der Fleischer beginnt erst morgen früh) trat heute morgen der

Verbandstag des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands

(Brauer und Mühlenarbeiter) zusammen. Die eigentliche Eröffnungsfeier hat schon gestern nachmittag stattgefunden; sie wählte Hobapp-Berlin und Seidig-Leipzig zu Verbandsvorsitzenden. Die heutige Sitzung begann mit erfreulicher Pünktlichkeit einige Minuten nach 8 Uhr und — wie die Verlesung der Anwesenheitsliste ergab — bei Anwesenheit sämtlicher Delegierten. Nach Begrüßungsansprachen von Schifferstein und Bina erstattete der Verbandsvorsitzende Bader den Geschäftsbericht. Er besprach die Krisenergebnisse der letzten Jahre, die Bedeutung der Jollpolitik insbesondere für die Brau- und Mühlenindustrie und die Frage des Gemeindefestimmungsrechtes. Mit einiger Ironie betonte er, die für das Gemeindefestimmungsrecht gesammelten Unterschriften hätten mit Postkraftwagen in den Reichstag geschafft werden müssen, dieser habe aber die Petition trotzdem abgelehnt. Bader befahte sich anschließend mit den verschiedenen Staufragen und wendet sich gegen den Anflug vieler Gemeinden, Stauausfälle durch Biersteuern einzuführen, dabei aber die teuren Getränke steuerfrei zu lassen.

Mit besonderer Genugtuung konnte im Geschäftsbericht darauf hingewiesen werden, daß der Verband seit dem letzten Verbandstag etwa 5000 Mitglieder neu gewonnen hat, während in derselben Zeit die deutsche Gewerkschaftsbewegung allgemein Mitglieder einbuße erlitt. Ueber diese Genugtuung hinaus wies der Vorsitzende aber darauf hin, daß immer noch die Notwendigkeit bestünde, Zehntausende neue Mitglieder zu gewinnen. Kritisch stellte Bader eine gewisse geistige Verarmung bei den Funktionären fest, und weiter, daß für die Jugendbewegung viel zu wenig getan werde. Kritisch befahte sich der Geschäftsbericht auch mit gewissen Erscheinungen auf dem Gebiete der Lohnbewegungen und der Arbeitszeitkämpfe. Gewisse Ereignisse im Verbandsbereich dürften sich nicht wiederholen; wenn man sie ungerügt liest, so müsse das schließlich zur Anarchie führen, während straffe Zusammenfassung der Kräfte notwendig sei. An die Arbeiter des Gewerbes müsse die Mahnung gerichtet werden, selbst in der Arbeitszeitfrage nichts zu versäumen; man müsse in der Verbandsleitung manchmal feststellen, daß die Kollegen selbst nicht energisch genug gegen die Unternehmer auftreten. Zusammenfassend erklärte Bader: Der Verband hat sich trotz der Krise gut gehalten und sogar gefestigt. Nichten wir unsere Beschlüsse so ein, daß der Gewerkschaftsgebante im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe weitere Anhänger gewinnt, damit die Ge-

werkschaft noch mehr als bisher Schutz und Hort der Arbeiter sein kann.

Rösel vom Verbandsvorstand wies anschließend darauf hin, daß die große Zahl unorganisierter Müller noch keine vollständige Regelung der Arbeitszeitfrage habe zustande kommen lassen. Ein Angriff, den die Müllerverbände auf die Arbeitszeit unternahmen, konnte mit Hilfe der SPD-Fraktion des Reichstages abgeschlagen werden. Zur Abschaffung der Nachtarbeit im Mühlen-gewerbe war die Besetzung des gewerkschaftlichen Weges nicht möglich, da von 28 000 Mühlenarbeitern nur 12 000 organisiert sind. Der gesetzliche Weg ist gegenwärtig wenig aussichtsreich.

Dem Verbandstag des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verbandes

(Bäcker und Konditoren) erstattete der Vorsitzende Dietmer den Geschäftsbericht. Er verwies auf die gedruckt vorliegenden Ausführungen und betonte als Zweck des Verbandstages, in folgender Diskussion die bisherige Arbeit und die Methoden des Verbandes einer Überprüfung zu unterziehen und letzten Endes den Unternehmern denselben unbedingten Widerstand zu zeigen wie bisher. Auf dem Verbandstag in Bernierode vor drei Jahren wurde festgestellt, daß Justiz und Behörden nicht im Interesse der Arbeiter wirken, daß von einem sozialen Kurs in Deutschland nicht gesprochen werden kann. Seitdem sind Justiz und Behörden noch reaktionärer geworden und noch mehr gewillt, den Forderungen der Unternehmer zu entsprechen. In der Frage der Beseitigung des Verbotes der Nacht- und Sonntagsarbeit konnten die Unternehmer einen Teilerfolg erzielen. Es ist unverständlich, daß die Regierung den reaktionären Forderungen ohne Grund ein so williges Ohr leiht. Aber es handelt sich eben darum, auf Kosten der Arbeiter die Wirtschaft aufzubauen. Es gilt der Grundgedanke, den Profit nicht zu schmälern — der Arbeiter soll es bringen.

Eine ganz falsche Wirtschaftspolitik brüdt die Massenkaufkraft. Alle Erscheinungen im Wirtschaftsleben und in der Wirtschaftspolitik weisen auf die größere Notwendigkeit starker nationaler und internationaler Gewerkschaftsorganisationen hin. Der Verschmelzungsgedanke gibt dieser Tagung ihr besonderes Gepräge. Wir haben in Bernierode ein Bekenntnis zum Industrieverband abgegeben. Wir haben jetzt zu prüfen, ob es möglich ist, zu diesem Industrieverband zu kommen. Er sollte zuversichtlich, daß die Tagungen mit einem Verschmelzungsbeschluß enden werden, daß nach den zu erwartenden harten Kämpfen doch die Vernunft zum Durchbruch kommt.

Auch auf dem Verbandstag der Wäpfer

wurde die besondere Bedeutung der Leipziger Tagungen hervorgehoben. In der Begrüßungsansprache von Fürst nicht wurde darauf hingewiesen, daß man im Verbandsbereich nicht gebadet habe, schon nach zwei Jahren wieder in Leipzig zusammenzukommen; eigentlich sei Kulmbach für den nächsten Verbandstag vorgesehen gewesen. Es sei die Entscheidung über die Verschmelzung zu einem neuen Industrieverband zu fällen. Sollte die Verbindung wider Erwarten scheitern, dann müsse schon jetzt die Schuld daran lediglich auf Personen- und Prestigefragen geschoben werden. Wirtschaftlich und finanziell sei die Verschmelzung eine unumgängliche Notwendigkeit.

Zur Erleichterung des Zusammenschlusses wird einstimmig beschlossen, den § 78 der Satzungen zu ändern, durch den vorgesehen war, daß bei einer Auflösung des Verbandes das Verbandsvermögen an die Mitglieder zu verteilen ist. Es wurde beschlossen, bei einer Verschmelzung das gesamte Verbandsvermögen der neuen Einheitsorganisation der Lebens- und Genussmittelindustrie zuzuführen.

Wandervelde über seine Niederlage.

SPD Brüssel, 19. September. (Radio.)

Der belgische Außenminister Wandervelde ist am Sonntag von Genf nach hier zurückgekehrt. In einem Pressespiegel äußerte er sich über die Abstimmung der Völkerbundvollversammlung zur Wiederwahl und betonte dabei, daß gerade Belgien und ihm freundlich gesinnte Länder aus prinzipiellen Gründen gegen eine weitere Mitgliedschaft im Rate stimmten. Uebrigens hätten ihm Irland und Stresemann versichert, daß eine angemessene Form gefunden werden müsse, um die Zulassung der belgischen Regierung zu Ratssitzungen in allen Fragen zu sichern, wobei belgische Interessen berührt werden. Zusammenfassend äußerte sich Wandervelde dahin, daß die gegenwärtige Tagung in Genf bisher besser verlaufen sei, als erwartet werden könne. Gewiß seien augenblicklich weder die Friedenspläne noch die Frage der Rheinlandbesetzung erheblich vorwärts zu bringen. Dazu müßten die nächstjährigen Wahlen in den großen Staaten abgewartet werden. Aber inzwischen gehe die Sache des Friedens doch weiter. Wenn auch vorläufig keine weittragenden Beschlüsse möglich seien, so könne doch in Zukunft ein Programm zur Sicherung des Friedens ausgearbeitet werden. Das geschähe zur Zeit unter maßgebender Beteiligung sozialistischer Delegierter der Abrüstungskommission und, wie er hoffe, mit viel Erfolg.

Reichsbannerkundgebung in Weimar.

SPD Weimar 19. September. (Radio.)

Das Reichsbanner in Thüringen hielt hier am Sonnabend und Sonntag seinen Gau tag ab. Der Höhepunkt der Veranstaltung bildete ein prächtiger Festzug durch die verhältnismäßig reichlich geschmückten Straßen der Stadt. An ihm beteiligten sich etwa 7000 Kameraden mit 120 Fahnen.

Die Reform des Strafrechts.

Strafen und Strafbemessung.

Von Rechtsanwalt Dörnicker, Berlin.

Wie das geltende Recht kennt der Reichstag vorliegende Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches drei Arten von Straftaten: Verbrechen, Vergehen und Untertretungen, je nachdem die Handlung mit dem Tode oder mit Zuchthaus, mit Gefängnis oder nur mit Geldstrafe bedroht ist. Für die kapitalistische Tendenz des Entwurfes ist es bezeichnend, daß er den Notdiebstahl, den Mundraub, die Bettellei als Arbeitsscheu oder Lieberlichkeit, das Landstreichen, dessen Tatbestand übrigens maßlos ausgebeutet wird, die Sittenkonventionen der Prostituierten (Ansprachen auf der Straße usw.) nicht mehr wie unser geltendes Strafgesetzbuch als Untertretungen behandelt, sondern zur Vergehen, die mit Gefängnis geahndet werden, gestaltet. Auf dem Parteitag zu Mannheim hat die Sozialdemokratie demgegenüber einstimmig gefordert:

Ab Abschaffung der Strafen wegen Bettelns, Landstreichens, Nichtbeschaffung eines Obdachs. — Bestrafung der Entwendung von Gebrauchsgegenständen zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse sowie von Arbeitsmaterialien von nicht erheblichem Wert nur als Untertretung.

Beibehalten ist von dem Entwurf die Todesstrafe. Für sie gilt, was Bruno Schönknecht in den Erläuterungen zum Erweiterungsprogramm erklärt:

Im Grunde ist die Todesstrafe nur das barbarische Ueberbleibsel einer früheren Gesellschaftsverfassung, sie ist die in rechtliche Hüllen verummante alte Wuttrache. Grausam und zweckwidrig ist sie ein Hohn auf die vielgerühmte, moderne Weltung.

Sie ist mit unserem Strafrechtssystem völlig unvereinbar. Sie paßt nur zu einem System der verurteilenden Lebensstrafen, dessen Krönung sie darstellt. Sie widerspricht den Geboten der Humanität. Sie trägt in keiner Weise der Anschauung von der Kollektivschuld der Gesellschaft Rechnung. Sie lehnt, da sie nicht wieder gutzumachen ist, die Unfehlbarkeit der Richter voraus. Und doch können wir bis in die jüngste Zeit eine nicht unerhebliche Zahl von Justizmorden nachweisen. Auch von abstrakter Wirkung ist sie nicht. Die Todesstrafe ist abgeschafft in Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Litauen, Österreich, Belgien, Finnland, Portugal, Rumänien, Argentinien, Brasilien, Uruguay, Peru, den meisten mittelamerikanischen Staaten, den meisten Schweizer Kantonen, dem australischen Staat Queensland und in acht der Vereinigten Staaten Amerikas. In keinem einzigen Falle hat die Abschaffung der Todesstrafe zu einer Zunahme der Morde oder anderer Kapitalverbrechen geführt. Endlich erschwert die Todesstrafe die erstrebte Rechtsangleichung an Österreich, da dort die Beseitigung der Todesstrafe verfassungsmäßig verankert ist.

An Freiheitsstrafen kennt der Entwurf Gefängnis, Zuchthaus, Einsperrung und bei Untertretungen Haft. Die Zuchthausstrafe ist entbehrlich, ja schädlich. Die Einsperrung, die nach dem Entwurf an Stelle der Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe tritt, wenn der Täter ausschließlich aus achtenswerten Beweggründen gehandelt hat, wird voraussichtlich in der Praxis wesentlich nur rechtsgerichteten politischen Mördern oder sonstigen rechtsradikalen Staatsfeindlichen, gewalttätigen, politischen Verbrechern zugute kommen.

Im übrigen versucht der Strafrechtsentwurf in den Strafmitteln der Dreiteilung der Täter in drei Hauptgruppen: den Gelegenheitsverbrechern, den Besserungsfähigen und den Unverbesserlichen Rechnung zu tragen. Unter Gelegenheitsverbrechern versteht man solche Menschen, bei welchen die Tat nicht aus einer tiefwurzelnden antisozialen Einstellung, sondern aus zufälligen starken äußeren Anlässen hervorgeht, so daß weitere Straftaten von ihnen nicht zu befürchten sind. Solche Menschen müssen möglichst vor dem Gefängnis und den Gefahren, die aus dem Zusammenstößen mit verbrecherischen Elementen erwachsen, geschützt werden. Demgemäß kann nach dem Entwurf das Gericht an Stelle einer Freiheitsstrafe von höchstens drei Monaten auf Geldstrafe erkennen, wenn der Strafzweck durch eine Geldstrafe erreicht werden kann. Es ist zu fordern, daß in diesem Falle auf Geldstrafe erkannt werden muß. Andererseits muß verlangt werden, daß wenn jemand zu einer Geldstrafe verurteilt ist, er diese aber beim besten Willen nicht leisten kann, er nicht wegen seiner Armut eingekerkert werde. Der Entwurf des Strafvollzugsgesetzes stellt es in die Willkür des Richters, ob er trotz unerschuldeten Unvermögens zur Zahlung der Geldstrafe den Täter ins Gefängnis werfen will. Ferner hat nach dem Entwurf der Richter bei Verurteilung bis zu höchstens sechs Monaten Gefängnis oder Einsperrung die Möglichkeit, dem Angeklagten die Strafe bedingt, d. h. insofern er sich mehrere Jahre hindurch einwandfrei führt, zu erlassen, wenn die Persönlichkeit des Verurteilten, sein Vorleben und sein Verhalten nach der Tat die Erwartung begründen, daß er künftig ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben führen wird. Unter dieser Voraussetzung muß nach meinem Dafürhalten der bedingte Strafnachlass dem Richter zur Pflicht gemacht werden und darf nicht nur in sein freies Belieben gestellt werden. Auch die Begrenzung auf eine Höchststrafe von sechs Monaten Gefängnis muß fallen. — Endlich kann der Richter in besonders leichten Fällen, aber nur bei bestimmten vom Gesetz

ausdrücklich genannten Straftaten, von Strafe überhaupt absehen.

Gegen diejenigen Täter, bei welchen die Straftat in ihrer antisozialen Einstellung (Gesinnung) ihre Erklärung findet, die aber besserungsfähig sind, d. h. sozial tauglich gemacht werden können, gibt der Entwurf die weitesten Strafmaßlichkeiten. Dadurch, daß einerseits bei überwiegenden Milderungsgründen die Strafen außerordentlich herabgesetzt, andererseits bei sehr vielen Straftaten in besonders schweren Fällen die Strafen ganz außerordentlich verschärft werden können, werden die Unterschiede in den Strafen der einzelnen Tatbestände im wesentlichen aufgehoben. Der Dieb kann schwerer bestraft werden als der Totschläger. Ferner kann der Richter jeden, der in Abständen von nicht mehr als fünf Jahren zweimal wegen vorfälligen Vergehens zu Freiheitsstrafen von mindestens sechs Monaten verurteilt ist, bei der dritten Verurteilung einer Freiheitsstrafe, sofern der Richter ihn für einen gefährlichen Gewohnheitsverbrecher hält, bei vorfälligen Vergehens zu Zuchthaus bis zu fünf Jahren und bei Verbrechen zu Zuchthaus bis zu fünfzehn Jahren verurteilen. Hiernach könnte z. B. der verantwortliche Redakteur einer Zeitung wegen Beleidigung fünf Jahre Zuchthaus erhalten. Nicht genug damit! Hält der Richter den Täter für unterbesserlich, so kann er ihn sogar lebenslanglich einsperren. Denn gegen den sogenannten Gewohnheitsverbrecher kann, sofern er schon einmal — gleichgültig wann und ob im inneren Zusammenhang mit der letzten Tat stehend — zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden ist, auf Sicherungsverwahrung erkannt werden. Diese dauert solange, wie es ihr Zweck erfordert, also auch lebenslanglich.

Bettler, Landstreicher und Dirnen, die sich Sittenkonventionen haben zuschulden kommen lassen, können lebenslanglich in ein Arbeitshaus gesteckt werden. Die Gefährlichkeit und Grausamkeit dieser Bestimmungen, die doch höchstens für die schwersten Verbrechen in Betracht kommen dürften, brauchen nicht im einzelnen dargetan zu werden. Nur folgendes sei hierzu bemerkt: Die Umständlichkeit der sogenannten unverbesserlichen Verbrecher setzt voraus, daß in den Strafanstalten nach modernen, anerkannten Erziehungsmethoden gearbeitet und nichts zur Besserung der Strafgefangenen unversucht gelassen wird. Das aber ist nicht der Fall. Solange wir nicht ein ganz anders vorgebildetes, ganz anders besoldetes Strafvollzugspersonal haben, solange die technischen Einrichtungen in unseren Strafanstalten fehlen, die eine Arbeitsweise ähnlich der der Freiheit ermöglichen, ist eine Erziehung undenkbar. Hieran ändert auch der Entwurf zu einem neuen Strafvollzugsgesetz nichts. Nicht durch theoretische Anerkennung des Erziehungsgedankens, sondern nur durch praktische Ausgestaltung der Strafmittel als Erziehungsmassnahmen kann man bessern. Weil dies übersehen oder jedenfalls nicht beachtet ist, ist die derzeitige Strafrechtsreform eine innerlich unwahre Scheinreform, die den Gedanken des Erziehungszwecks der Strafe, eben weil er theoretisch anerkannt, aber praktisch nur mit absolut untauglichem Mittel durchgeführt wird, in Verfall bringen kann und wird.

Mit äußerster Schärfe muß man sich weiter gegen die Bestimmungen des Entwurfes über die Ehrenfolgen wenden. Neben jeder Gefängnisstrafe von mindestens drei Monaten steht es im Ermessen des Richters, auf den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer bis zu fünf Jahren zu erkennen. Zu diesen Ämtern gehören auch Abgeordnetenmandate, Anwaltschaft, Reichswehrzugehörigkeit. Gleichzeitig hiermit tritt der Verlust der innergehabten öffentlichen Ämter ein. Der zur Zuchthaus Verurteilte verliert für immer die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden. Hierbei ist zu beachten, daß bei außerordentlich vielen Straftaten die Möglichkeit besteht, auf Zuchthausstrafen zu erkennen, wofür der Richter einen besonders schweren Fall für vorliegend erachtet. Auf Verlust der aktiven Wahlfähigkeit, d. h. des Rechts zu wählen, kann neben Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr erkannt werden. Das Gericht kann diese Ehrenfolge bei guter Führung des Verurteilten wieder beseitigen, wenn dieser sich der Ausübung öffentlicher Ämter oder des Wahl- und Stimmrechts wieder würdig erwiesen hat. Das Unerträgliche dieser Bestimmungen und die Möglichkeit des Mißbrauchs liegen ohne weitere Ausführungen klar zutage.

Die sonstigen Maßregeln der Besserung und Sicherung im Entwurf gegen die Tätergruppen der Zurechnungsunfähigen, der vermindert Zurechnungsfähigen, der Trinker sind Fortschritte und zum großen Teil zu billigen.

Empfang der amerikanischen Legion.

Eine Rede Poincarés.

Paris, 18. September.

Auf einem von der französischen Regierung zu Ehren der amerikanischen Legion gegebenen Festmahle hielt der Befehlshaber der Legion Savage eine Rede, in der er auf die demokratische Zusammenlegung der Legion hinwies. Im Namen der französischen Regierung begrüßte Ministerpräsident Poincaré die amerikanische Legion. Er hob den Anteil des amerikanischen Heeres am Kriege hervor und schilderte die Gründe der Vereinigten Staaten, schließlich in den Krieg einzugreifen. Er erklärte hierbei, es sei wahrscheinlich, daß sie sich absetzten gehalten hätten, wenn sie nicht die Notwendigkeit empfunden hätten, eine Reihe beleidigender Herausforderungen anzunehmen, die ihnen das verbündete Deutschland hingeworfen habe. Poincaré ging dann auf die Frage des Unterseebootkrieges ein und erklärte, am 10. Februar 1917 sei die „California“ torpediert worden, wobei drei amerikanische Kinder ums Leben gekommen seien. Gleichzeitig habe das hochgezogene Reich in Mexiko üble Intrigen gegen die Vereinigten Staaten anzuleiten gesucht. Das sei zu viel gewesen. Präsident Wilson habe einen Kriegsrat einberufen und die Bewaffnung der Handelsschiffe angeordnet sowie den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und der kaiserlichen Regierung erklärt. Weil also Deutschland das Völkerrecht bei der Führung des Unterseebootkrieges verletzt habe, hätten die Vereinigten Staaten sich auf die Seite der einen Partei gestellt.

Poincaré sprach dann die Dankbarkeit Frankreichs aus und erinnerte zum Schluß an ein Gespräch, das er vor der Abreise Wilsons nach Amerika am 27. Juni 1919 mit diesem hatte. Er habe Wilson erklärt, man habe die Bemühungen vereint, um der uneinigen Menschheit ein gerechtes Statut zu verschaffen, woraus Wilson erwidert habe, dieser Krieg habe vielen Schaden angerichtet; aber er habe der Welt eine große moralische Notwendigkeit vor Augen geführt, nämlich die, eine notwendige Einigung unter den Menschen zu vervollständigen, damit sich ein solches Übel niemals wieder ereigne. „Arbeiten wir also“, so schloß Poincaré, „an der ununterbrochenen Schaffung dieser notwendigen Einigung.“

Die Polizeipräfektur hat heute Nacht neue Razien in verschiedenen Stadtteilen von Paris durchführen lassen. Im ganzen sind 117 Verhaftungen in Paris und 60 in der Umgebung der Stadt vorgenommen worden. Unter den Verhafteten sollen sich nach dem Intransigent viele Ausländer befinden.

Um die Abberufung Ratowskis.

Ministerrat in Paris.

Paris, 17. September.

Heute vormittag hat in Rambouillet unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat tagungsunden. Wie das amtliche Kommuniqué besagt, wurde beschlossen, nicht auf den Vorschlag des von der Sowjetregierung formulierten Nichtangriffspaktes zu antworten, da die Sowjetregierung ja in dieser Hinsicht bereits am 29. Oktober 1924 eine unbedingte und absolute Verpflichtung übernommen hatte, deren Einhaltung die französische Regierung zu überwachen sich vorbehalte. Der Ministerrat war andererseits der Ansicht, daß in keiner Weise gegenwärtig ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen gerechtfertigt ist, und hat den russischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zurückgewiesen, der der Politik Frankreichs wie auch dem Sicherheitsbedürfnis seiner Alliierten im Osten entspricht. Der Ministerrat hat infolgedessen den Außenminister beauftragt, diese Verhandlungen fortzusetzen. Nach Beendigung des Ministerrats besorgten Journalisten den Innenminister über den Fall Ratowski. Der Innenminister erklärte, er habe dem offiziellen Kommuniqué, das genügend Aufschluß gebe, nichts hinzuzufügen.

Handlungsfreiheit für Briand.

Paris, 17. September.

Wie der Matin mitzuteilen weiß, hat der heutige französische Ministerrat beschlossen, in der höchsten diplomatischen Form der Sowjetregierung bekanntzugeben, daß der russische Botschafter in Paris, Ratowski, nicht mehr persona grata sei, und daß es daher der französischen Regierung angenehm wäre, wenn er so schnell wie möglich durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden würde. Die französische Regierung glaubt, daß ein derartiger Wechsel auf dem Pariser Botschafterposten die Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Frankreich und Rußland günstig beeinflussen werde. Weiterhin glaubt der Matin zu wissen, daß Ratowski persönlich dieser Wunsch des französischen Ministerrats ausgesprochen werden wird. Diese Meldung des Matin, so fügt der Pariser Vertreter der T. hinzu, widerspricht nur scheinbar dem Kommuniqué, das heute nach dem Ministerrat veröffentlicht wurde. Es ist kein Geheimnis, daß die französische

Regierung den Rücktritt Ratowskis dringlich wünscht. Wenn sie in dem heute veröffentlichten Kommuniqué diesem nicht Ausdruck verliehen hat, so ist dies anscheinend in der Absicht geschehen, der russischen Regierung die Abberufung Ratowskis zu erleichtern und jede überflüssige Kränkung der russischen Regierung zu vermeiden. Besondere Bedeutung muß der Erklärung Poincarés beigegeben werden, der heute nach Schluß des Ministerrates der Presse mitgeteilt hat, daß Außenminister Briand für die Regelung des Falles Ratowski von seinen Kollegen volle Handlungsfreiheit eingeräumt worden sei.

Der Nichtangriffspakt.

Polen und Rumänien eingeschlossen?

Paris, 17. September.

Der am Sonnabend in Gegenwart Briands vom Ministerrat gefasste Beschluß, die Beziehungen zu Rußland nicht abzubrechen, wird von der gesamten Linkspresse lebhaft begrüßt. Der Beschluß ist, wie wir erfahren, nicht ohne heftige Debatte zustande gekommen. Die Minister der Rechten, besonders Marin, widersetzten sich lebhaft der von Briand vertretenen Auffassung. Aber die Mehrzahl der Minister, auch Poincaré, schloß sich zuletzt Briand an, der ausdrücklich betonte, daß Frankreich im Falle Ratowski durch die Desavouierung des Botschafters durch Tschitscherin ausreicht und Genugtuung erhalten habe.

Die amtliche Mitteilung, daß Briand beauftragt wurde, die Verhandlungen über ein von Rußland vorgeschlagenes Abkommen eines gegenseitigen Nichtangriffspaktes fortzusetzen, hat hier überrascht, denn man wußte bisher nicht, daß ein solcher Vorschlag erfolgt war. Briand hat den Ministerrat davon durch die Mitteilung unterrichtet, daß in der Tat Tschitscherin in der jüngsten Note, in der er die Handlungsfreiheit Ratowskis desavouierte, die Erklärung abgab, daß Rußland zum Beweise seines guten Willens, mit Frankreich freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, bereit sei, über ein Nichtangriffspakt abzukommen zu verhandeln, das auch die westlichen Nachbarn Rußlands umfassen könnte. Es handelt sich dabei um Polen und Rumänien, die aber in der Note nicht namentlich aufgeführt sind. Sofort nach der Rückkehr Briands aus Genf, wohin er inzwischen zurückgekehrt ist, wird das französische Auswärtige Amt Verhandlungen mit Warschau und Bukarest über diese Frage aufnehmen.

Die Nationalisten wüten.

Die französischen Nationalisten sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. Sie heften seit Wochen, um den Abbruch der Beziehungen mit Rußland herbeizuführen. Das Mindeste, was sie erwarteten, war, daß der Ministerrat kategorisch die Abberufung Ratowskis fordern werde. Aber auch das ist nicht beschlossen worden. Briand erhielt Handlungsfreiheit in der weiteren Erledigung der Angelegenheit. Freilich ist nichtsdestoweniger damit zu rechnen, daß Ratowski binnen kurzem die Seinestadt verlassen wird. Unter welchen Formen das geschehen wird, ist noch ungewiß. Aber soviel steht positiv fest, daß unter den führenden Hauptern des französischen Kabinetts niemand einen Abbruch der Beziehungen mit Rußland herbeizuführen will.

Rußland ist ein gewichtiger Faktor in dem Widerstreit der französisch-englischen Interessen, und wenn auch die französische Bourgeoisie den Sowjetrußen keinerlei Sympathie entgegenzubringen vermag, so bedeutet doch ein Bruch mit Rußland zur Zeit eine weitere Schwächung des französischen Einflusses in der europäischen Politik.

Man sagt, daß der deutsche Botschafter in Moskau gegen eine Verschärfung der Beziehungen mit Frankreich eingetreten sei. Das sei für Deutschland unter den bestehenden Verhältnissen nicht opportun, aber es hätte wohl dieses Einflusses auch nicht bedurft. Auch Rußland kann sich im Angesicht des schroffen Gegensatzes zu England nicht gestatten, die französische Republik härter zu provozieren, und daß Tschitscherin und Litwinow den ersten Willen haben, trotz Ratowski mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen, bewies das Angebot über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Moskau und Paris.

Ein solcher Vertrag freilich hätte nur Sinn und Zweck, wenn Polen dabei eingeschlossen würde. Die französischen und russischen Interessen treffen nirgends in der Welt so schroff aufeinander, daß eine unmittelbare Kriegsgefahr vorhanden wäre. Anders steht es mit den Beziehungen zwischen Rußland und Polen. Seit der Begründung des neuen polnischen Staates haben die Reibereien an den russischen Westgrenzen nicht aufgehört, und obwohl die Verhandlungen seit Beendigung des russisch-polnischen Krieges nicht abgebrochen wurden, ist es ebensowenig möglich gewesen, eine Ver-

ständigung über die schwebenden politischen Probleme herbeizuführen.

Vor länger als Jahresfrist hielt Tschitscherin eine kassische, erregende Rede in Warschau, in der er der Verständigung das Wort geredet hat. Praktische Auswirkungen aber haben diese Bestrebungen nicht gehabt. Darum kommt der Entscheidung des französischen Ministerrats eine wesentliche Bedeutung zu. Sie zeigt sich in der unmittelbaren Regelung der Ratowski-Frage desinteressiert, fordert aber als Grundlage für die Verständigung einen Ausgleich in den Beziehungen mit Polen, und der polnische Staat ist der wichtigste Faktor Frankreichs in seiner gesamten Europapolitik.

Freilich sind die Anregungen des französischen Ministerrats nicht völlig neu. Bereits vor Wochenfrist wurde in der Presse mitgeteilt, daß Verhandlungen zwischen Rußland und Polen wegen eines Nichtangriffspaktes bereits im Gange seien. Infolgedessen ist der Beschluß des französischen Ministerrats nur eine Unterfütterung der bereits im Gange befindlichen Aktion. Die kategorische Forderung nach Abberufung Ratowskis hätte notwendigerweise auf die polnisch-russischen Verhandlungen nachhaltigen Einfluß gehabt, und nur aus diesem Grunde ist der Beschluß des Ministerrats zu verstehen, der von der gesamten französischen Linkspresse begrüßt, von der Rechten aber um so härter angegriffen wird.

Der Tannenbergrummel.

Sindenburgrede über die „Kriegsschuldfrage“.

Bei Hofenstein in Ostpreußen hat gestern unter dem üblichen, von uns bereits gekennzeichneten Rummel die Einweihung des „Tannenbergnationaldenkmal“ stattgefunden. Neben dem Reichspräsidenten haben als Vertreter der Reichsregierung Reichskanzler Dr. Marx und die Reichsminister Dr. Gieseler und Dr. v. Reubell an der Feier teilgenommen. Die preussische Regierung war durch den Innenminister Grzesinski und den Oberpräsidenten Sieber vertreten. Die alte kaiserliche Armee vertrat eine Anzahl Generale, unter denen sich Ludendorff, Madensen und Franco befanden. Nach dem üblichen Begrüßungsansprechen und einem Festgottesdienst hielt auch der Reichspräsident v. Sindenburg eine Rede, in der er u. a. sagte:

„Das Tannenbergnationaldenkmal gilt in erster Linie dem Gedächtnis derer, die für die Befreiung der Heimat gefallen sind. Ihr Andenken, aber auch die Ehre meiner noch lebenden Kameraden verpflichten mich dazu, in dieser Stunde und an dieser Stätte feierlich zu erklären: Die Anklage, daß Deutschland schuldig sei an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück! Nicht Reid, Haß oder Eroberungslust gaben uns die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste, mit den schwersten Opfern des ganzen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber. Keinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen, und mit reinen Händen hat das deutsche Heer das Schwert geführt. Deutschland ist jederzeit bereit, dies vor unparteilichen Richtern nachzuweisen!

In den zahllosen Gräbern, welche Zeichen deutschen Heldentums sind, ruhen ohne Unterschied Männer aller Parteifarben. Sie waren damals einig in der Liebe und Treue zum gemeinsamen Vaterland. Darum möge an diesem Erinnerungsmale stets innerer Hab er zerschellen; es sei eine Stätte, an der sich alle die Hand reichen, welche die Liebe zum Vaterland besetzt und denen die deutsche Ehre über alles geht. Mit diesem Wunsche öffne ich die Worte zum Tannenbergnationaldenkmal!“

Die Rede Sindenburgs fand nach den Berichten der bürgerlichen Presse die übliche „begeisterte Zustimmung“.

Brügereien beim Stahlhelm-Sporttag.

Berlin, 18. September.

Anläßlich des diesjährigen Stahlhelm-Sporttages kam es an vielen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen. Rote Frontkämpfer griffen mittags und nachmittags die Stahlhelmsleute an und schlugen mit Stöcken, Schläuchen und anderen Gegenständen auf sie ein. Sofort hinzukommende Schuttpolizei trieb die Kämpfenden mit Gummiknüppeln auseinander und nahm eine Reihe von Zwangsgestaltungen vor. Ostwärts griffen auch Frauen in die Schlägereien ein. Die Polizei geriet öfters in ernste Bedrängnis. Es wurden etwa 30 Zwangsgestaltungen vorgenommen, alle Festgenommenen jedoch wieder entlassen. Keiner Person sind als verletzt gemeldet worden; die Verletzungen sind meist leichter Natur.

Litauen.



Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Der Ruhr-Standal.

Die Millionengeschichte an die Schwerindustrie.

Der Ausschuss des Reichstages, der sich mit den Ruhr-Entschädigungen zu beschäftigen hatte, hat jetzt einen ausführlichen Schriftlichen Bericht über das Ergebnis seiner Arbeiten vorgelegt. Er beschäftigt die von der Sozialdemokratie vertretene Auffassung, daß man bei der Regelung der Ruhr-Entschädigungsfrage durchaus mit zweierlei Maß gemessen hat. Das Kabinett Luther schänkte den Schwereindustriellen Millionenwerte zu, während die Entschädigungen für Arbeiter, Angestellte und kleine Geschäftsleute gering und unzureichend ausfielen. Der ganze Bericht, der ein wertvolles politisches Dokument ist, zeigt, daß die Schwerindustrie im Rheinland und in Westfalen in der bürgerlichen Regierung Luther den besten Sachwalter gehabt hat. Wir geben die abschließenden Feststellungen des Berichts, die für sich selbst sprechen, im Wortlaut wieder:

1. Die Entschädigungszahlungen des Reiches an den Bergbau des besetzten Gebietes beruhen auf dem Schriftwechsel zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Stresemann und Herrn Hugo Sinnens vom 20. Oktober bis 13. November 1923. Dieser Briefwechsel stellt Abmachungen dar, deren rechtliche Verpflichtung für das Reich im Ausschuss verschiedener beurteilt wurde. Der Wille der Beteiligten ging nach den Zeugenaussagen der Herren Dr. Stresemann und Dr. Luther dahin, daß durch den Briefwechsel rechtlich bindende, einklagbare Verpflichtungen des Reiches entstehen sollten. Unbestritten bleibt der moralische Anspruch, der allen durch den Ruhrkampf Geschädigten zugesprochen werden muß.

2. Da Ausgaben des Reiches nur auf Grund von Reichsgesetzen oder des Staatsvertrages werden dürfen, liegt unabhängig davon, ob eine privatrechtliche Bindung vorliegt, in der ohne Willen des Reichstages vorgenommene Zahlung auch eine objektive Verletzung des Staatrechts des Reiches vor.

3. Doppeltzahlungen an den Ruhrkohlenbergbau sind nicht erfolgt. Dagegen sind Überzahlungen in erheblichem Umfang an der Abgeltung der Kohlenlieferungen, aus der Kohlensteuer, aus Zinsen usw. erfolgt. Diesen Überzahlungen stehen nach den Feststellungen der Regierung und nach dem Gutachten der Sachverständigen Mindererhebungen des Ruhrbergbaus bei anderen Positionen gegenüber, die anlässlich eines Ausgleichs der Überzahlungen darzustellen. Der Ausschuss kann sich dieser Auffassung nicht in vollem Umfang anschließen, hält vielmehr daran fest, daß Überzahlungen stattgefunden haben, deren Höhe heute mangels genauer Unterlagen nicht mehr festgestellt werden kann.

4. Es ist festgestellt worden, daß die Ansprüche derjenigen Geschädigten, mit denen ein Sonderabkommen getroffen worden ist (das sind die Schwerindustriellen, Kohlen), auf Grund dieses Abkommens wesentlich günstiger behandelt wurden als die Ansprüche der übrigen durch die Ruhrbesetzung Geschädigten. Gegenüber den Geschädigten, die nach dem Sonderverfahren behandelt wurden, liegt neben der beschleunigten Erledigung eine Besserstellung vor: Erstens durch die Entschädigung von Zinsverlusten, und zweitens durch die Entschädigung von Verlusten bei der Einlösung von B. S. S. Anleihen. Beide Ansprüche sind im Sonderverfahren nicht anerkannt worden.

5. Unbestritten ist, daß eine ausreichende Abgeltung des der Arbeiter- und Angestellten sowie dem erwerbstätigen Mittelstande des Ruhrgebietes durch den passiven Widerstand und seine Auswirkung zugefügten Schadens bis heute zum Teil noch nicht erfolgt ist. Der Ausschuss stellt fest, daß es erwünscht ist, die der Großindustrie des besetzten Gebietes gewährte Begünstigung durch ausreichende Entschädigung der geschädigten Arbeiter und Angestellten und des Mittelstandes auszugleichen.

Das Steuervereinfachungsgesetz.

Eine Rede des Reichsfinanzministers.

W. B. Köln, 18. September.

Bei der Jahresversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei hielt heute Reichsfinanzminister Dr. Köhler eine Rede. Das Thema lautete:

Nach einem Überblick über die Entwicklung des Steuerrechts erklärte er u. a., im Interesse der Gesamtwirtschaft müsse das Realsteuerrecht vereinfacht und übersichtlicher gemacht werden. Er lehnte es hinsichtlich seiner Finanzpolitik ab, im Halbbundel weiter zu arbeiten. Der Minister ging dann im einzelnen auf das Steuervereinfachungsgesetz ein und gab eine Übersicht über die wichtigsten Bestimmungen der einzelnen Gesetzestexte. Das Wichtigste aus dem Entwurf über die Gewerbesteuer seien die Bestimmung einer einheitlichen Messzahl für die Steuerbemessungen und der Grundlag, daß vor allem der Gewerbetreibende maßgebend sein soll. Von einer sofortigen allgemeinen Senkung der Realsteuern um 20 Prozent könne niemals die Rede sein. Das Ziel der Reichsregierung sei jedoch, in absehbarer Zeit eine allmähliche und beträchtliche Senkung zu erreichen.

Die Besoldungsreform des Reiches solle auch den Ländern und Gemeinden im Rahmen der Anpassung an die Verhältnisse maßgebend sein. Die Beamtenbesoldungsreform, die nach langjährigen Beratungen im Reichskabinett nun einstimmig angenommen worden sei, sei eine notwendige und logische Reform. Besonders verwahrte sich der Minister gegen die Bestrebungen, die Besetzung, die die Beamtengehälter erhöhen bringt, durch Preissteigerungen auf dem Bedarfsmarkt wieder wettzumachen. Die Reichsregierung werde dies unter keinen Umständen zulassen. Der Minister verwahrte sich gegen den ihm gegenüber erhobenen Vorwurf des Unitarismus und die ihm anlässlich des Steuervereinfachungsgesetzes zugeführten Vorwürfe, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu zerschlagen. Durch den Gesetzentwurf sei ein wichtiger Fortschritt auf dem Wege der Vereinfachung der Steuerlegislation gemacht.

Gut katholisch, gut bairisch, gut deutsch...

Bayerische Stalgerüche.

SPD München, 18. Sept. (Radio).

Die Jahresversammlung des Bayerischen Bauernvereins in Lantershausen, auf der schon oft die Stichwörter für die kirchliche Bauernschaft ergangen sind, spiegelte sich dieses Jahr die kritische Situation der Bayerischen Volkspartei wider, die einem schweren Wahlkampf mit dem vordringenden Bauernbund entgegengeht und gleichzeitig das Zentrum durch einen Druck zum Entgegenkommen in den Finanzfragen zu veranlassen sucht. Der Generalsekretär des Vereins gab zu, daß der Radikalismus in der Bauernschaft immer stärker um sich greife. Der Redner fand es deshalb für gut, sich selbst in registrierten Sprüchen zu ergehen. Ohne sich darum zu kümmern, daß in der Reichsregierung und zumal im Ernährungsministerium zur Zeit deutliche nationale Ideen, erklärte er, die Bauernschaft müsse ihre Stimme erheben lassen, bis in Berlin die Klubbesitzung mit dem roten Gewerkschaftssekretären umfiele.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Forstner forderte das Zusammengehen in einer Weltanschauungspartei und verlangte in einer heftigen Polemik gegen die „janatschen republikanischen Verirrungen Dr. Wirths“ den Ausschluß von Leuten, die nicht mehr in die katholischen Reihen gehörten. Man könne von den bayerischen Katholiken nicht erwarten, daß sie einen Staat sicherstellen, der von dem Juden Kurt Eisner geschaffen worden sei, wenn sie auch diesem Staat pflichtgemäß dienten. Zur Wirtschaft- und Sozialpolitik erklärte Forstner, im christlichen Sinne gebe es gar kein Proletariat. Es sei die Aufgabe der deutschen Landwirtschaft, die heute bestehenden Handelsverträge — wie den mit der Schweiz — umzusetzen und dann höhere Zölle zu fordern.

In einer kurzen Ansprache feuerte der bayerische Ministerpräsident Heide seine Zuhörer an. Wenn es in der Frage des Steuervereinfachungsgesetzes zum Kampfe komme, solle die bayerische Bauernschaft sich nicht irren lassen. „Gut katholisch, gut bairisch, gut deutsch.“

Dr. Heide, der seit längerer Zeit wieder einmal in der Öffentlichkeit erschienen, behandelte das gleiche Thema. Bei der Verteilung landwirtschaftlicher Interessen, sagte er, dürfe man nicht vergessen, daß zum Reichstag leider auch große Arbeitermassen mitwählten. Vielleicht befände man nächstens in Bayern statt des Ministerpräsidenten einen preukischen Mandarinen mit einem langen Zopf. Das Vereinfachungsgesetz stehe im strengen Widerspruch zur Reichsverfassung. Aber gegen eine Verfassungswidrigkeit habe die bayerische Landesregierung noch Mittel in der Hand. Trotzdem werde bei Durchführung des Gesetzes die Selbstständigkeit der Länder nur noch auf dem Papier stehen. Wie könne die Reichsregierung überhaupt hoffen, bei einer solchen Politik die Unterstützung der Bayerischen Volkspartei zu erhalten. Es sei nicht mehr zu ertragen, daß Bayern, obwohl ihm die Verfassung die Selbstständigkeit garantierte, wie eine ausländische Kolonie behandelt werde. Das sei hundertfach schlimmer als die Heuschrecke. Es sei gerade so, als ob man zu einer Sau im Stalle sage, du darfst so viel werden, wie du willst, aber zu fressen legst du nichts. Auch das man einen Fliegenstreit zum Gegenstand der berechtigten Gefühle des Volkes machen wolle, fand Heide sehr brutal.

Zum Schluß mahnte ein Geistlicher zur vorsichtigen Behandlung der bayerischen Königsfrage. Die Aufgabe könne es nicht sein, morgen schon eine Monarchie zu errichten. Leider bestimme nicht bei allen maßgebenden Führern des Bayerischen Heimat- und Königsbundes Verständnis hierfür.

Die erste Sitzung des neuen Rates.

SPD Genf, 17. September.

Der Völkerbundrat befahte sich am Sonnabendvormittag und nachmittag mit dem rumänisch-ungarischen Opintantenstreitfall, dessen Erledigung durch eine Verhandlung zwischen den beiden Staaten angestrebt werden soll. Rumänien soll zunächst den aus dem ungarisch-rumänischen Schiedsgericht zurückgezogenen Richter wieder in das Schiedsgericht entsenden, damit die Arbeiten dieser Instanz fortgesetzt werden können. Gleichzeitig sollen beide Parteien folgende drei Grundzüge bei der Behandlung von Opintantenstreitfällen berücksichtigen: 1. Die Bestimmungen des Schiedsvertrages von Trianon schließen keineswegs die Durchführung einer allgemeinen Agrarreform in Rumänien unter Einschluß der ungarischen Staatsangehörigen aus. 2. Weder im Wortlaut noch in der Anwendung einer solchen Agrarreform darf irgendeine Rechtsungleichheit zwischen Ungarn und Rumänien bestehen.

Am Sonnabendnachmittag griff auch der Reichsaussenminister Dr. Stresemann in die Debatte über den Streitfall ein. Er erklärte sich im großen und ganzen mit der angebotenen Lösung einverstanden. Am Montag werden die Verhandlungen über die Angelegenheit fortgesetzt.

Breitscheid über die Weltwirtschaftskonferenz.

W. B. Genf, 17. September.

Im zweiten Versammlungsausschuß, Technische Organisationen, kam heute die Weltwirtschaftskonferenz zur Besprechung, deren Präsident Theunis die Arbeiten der Konferenz dahin präzisierete, daß sie zwar nicht dem Freihandel, aber einer Befreiung des Handels gebietet habe und daß die Völkerbundsversammlung in gleichem Sinne, wie das die Teilnehmer der Weltwirtschaftskonferenz auf sich genommen hätten, als Fortkämpferin für die Entschädigungen der Weltwirtschaftskonferenz wirken müsse.

Hieran antwortend hielt der deutsche Delegierte Dr. Breitscheid eine längere Rede, in der er Theunis für seinen Bericht dankte und dessen Verdienste als Leiter und Förderer dieser Konferenz anerkannte. Diesen Dank erstreckte er auch auf Louchoux und Rouhaug, die Väter der Konferenz. „Der Moment ist gekommen“, so führte er aus, „mit der Steigerung der Zolltarife ein Ende zu machen und sich in umgekehrter Richtung zu orientieren. Die allgemeine und unbeschränkte Weltbegünstigung und die Befreiung der Handelsverhältnisse sind weitere wichtige Forderungen, denen die Konferenz Nachdruck verliehen hat, um allen Regierungen ihre Verwirklichung zu gestalten. Deutschland hat vorbehaltlos und unverzüglich die Beschlüsse der Konferenz angenommen und damit anerkannt, was hier auch von anderen Stellen unterstrichen worden ist, daß diese Entscheidungen als ein Ganzes verwirklicht werden müssen. Das ist durchaus auch die Ansicht der deutschen Delegation, und es muß vermieden werden, daß je nach den Verhältnissen der eine oder der andere daraus entnimmt, was gerade für die eigene Lage am günstigsten scheint.“

Breitscheid forderte schließlich eine Zusammenstellung der Antworten der verschiedenen Regierungen durch das Sekretariat des Völkerbundes. Er bezeichnete den deutsch-französischen Handelsvertrag als einen großen Erfolg, der zum Teil der Weltwirtschaftskonferenz gebühre, und sprach die Hoffnung aus, daß das Beispiel der beiden Länder bald von anderen Staaten befolgt werde. Zum Schluß unterstellte er warm die verschiedenen im Zuge befindlichen Arbeiten auf Vereinfachung der Zollnomenklatur usw. und wandte sich an die Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes mit der Bitte um Unterstützung aller derartigen Arbeiten.

Inhalts Abfrage an die Schulreaktion.

Das Staatsministerium von Anhalt hat dieser Tage zu dem Reichsausschuss seine Stellung genommen und hat sich entschieden gegen das reaktionäre Wahrgesetz des Herrn von Reubell ausgesprochen. Wie der demokratische Zeitungsdienst mitteilt, begründet er seine ablehnende Stellung damit, daß der Entwurf weder der Reichsverfassung, noch den Interessen der Schule entspricht. Der Entwurf ist ferner finanziell nach der Auffassung des anhaltischen Staatsministeriums untragbar. Er würde die Länder in die größten Schwierigkeiten bringen und die Staatsschule zerschlagen. Wahrgesetz war ferner für das Staatsministerium in Anhalt die Erwägung, daß nach dem Entwurf die Gemeinschaftsschule, die sich bisher in Anhalt als durchaus lehrreich erwiesen hat, zurückgedrängt und nur gleichberechtigt neben die Konfessionsschule gestellt werden soll. Außerdem hält die anhaltische Regierung die indirekte Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht für eine schwere Schädigung der staatlichen Schulhoheit und der Stellung des Lehrers.

Nach Schwerin lehnt ab.

Nach einer Erklärung des Schweriner Staatsministeriums geht seine Stellungnahme zum Reichsausschuss dahin, daß der Entwurf in seiner jetzigen Fassung keine geeignete Grundlage für ein Reichsausschussgesetz bildet, weil eine Reihe von Bestimmungen ebenso dem Sinn und Geist wie auch dem Wortlaut der Reichsverfassung widersprechen. Das Staatsministerium will sich aber der Mitarbeit am Gesetz nicht verweigern und Ländervertragsanträge stellen, um zu erreichen, daß die Übereinstimmung zwischen Gesetz und Reichsverfassung hergestellt werde. Ebenso will es der Gefahr einer weitgehenden Zersplitterung des Volksschulwesens möglichst vorbeugen. Das Ministerium hält an dem Gedanken fest, daß die Schule unbeschadet des Erziehungsrechtes der Eltern Staats Sache ist und bleiben muß und daß der Staat im Interesse der Volksbildung und Volkseinheit keiner anderen Organisation, welcher Art sie auch immer sein mag, Aufsichts- oder Aufsichtsberechtigungen über die Schule zugestehen kann und darf.

Anti-Kommunisten-Kurs in China.

Kongreß der Kuomintang.

SPD London, 16. September.

Am Donnerstag ist in Hanking ein Kongreß der Führer der chinesischen Nationalpartei (Kuomintang) zusammengetreten, dessen Zweck es ist, die Wiedereinrichtung der drei getrennten Gruppen der chinesischen Nationalbewegung, der Gantau-, Kanting- und Schanghai-Gruppe, vorzubereiten. Die Konferenz setzte eine Kommission ein, deren Aufgabe es ist, die Säuberung des Kongresses von kommunistischen Elementen vorzunehmen. Wie eine halbamtliche britische Meldung besagt, wurden sofort sieben Delegierte wegen ihrer Zugehörigkeit zur chinesischen kommunistischen Partei vom Kongreß ausgeschlossen, und weitere 6 Delegierte zum Zwecke der Klärung ihres Verhältnisses zum Kommunismus vor die Kommission geladen. Die Vollziehung der Konferenz wurde kurz nach dem Zusammentritt infolge des Austritts des Sekretärs der Konferenz, der nach chinesischen Meldungen völlig unerwartet kam und größte Verwirrung hervorgerufen hat, aufgehoben. Die in Hanking versammelten Führer der Nationalbewegung hoffen, daß die Konferenz mit der Einleitung einer einigen nationalistischen chinesischen Regierung abschließen werde.

W. B. Neuperk, 17. September.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind sämtliche Angehörigen der Familie Sunatsen von der zur Zeit in Hanking tagenden Einigungskonferenz der Kuomintang aus der Partei ausgeschlossen worden. Die Witwe und der Sohn Sunatsens befinden sich gegenwärtig in Moskau.

W. B. London, 17. September.

Wie aus Schanghai berichtet wird, machen die Kantinger Verhandlungen der Kuomintang nur langsame Fortschritte. Trotz der optimistischen Voraussetzungen sollen die Meinungsverschiedenheiten nach wie vor ernst sein. Einen Beweis hierfür sieht man u. a. in der Tatsache, daß der Befehlshaber der Gantauer Streitkräfte, General Tang, der sich auf dem Wege von Gantau nach Kanting befand, in aller Eile zurückkehrte, um einem kommunistischen Aufstand im südlichen Teil Wahans zu begegnen. Gleichzeitig glaubt man, daß General Tang die Kantinger Regierung im Verdacht hat, gegen General Feng Intrigen eingeleitet zu haben, die dessen Wiedererhebung als Nachfolger zum Ziele haben sollen.

Der Konflikt zwischen Regierung und Sejm.

W. B. Warschau, 17. September.

Die außerordentliche Session beginnt für den Sejm am 19. September und für den Senat am 22. September. Die Frage des Selbstauflösungsrechts des Parlaments steht dabei im Vordergrund. Damit wird der Konflikt mit der Regierung unvermeidlich. Die Vertreter des Sejms und des Senats haben sich gestern in einer Konferenz dahin geeinigt, das Selbstauflösungsrecht zu beschließen, es jedoch nur den gegenwärtig tagenden beiden Kammern zuzubilligen. Diese zeitliche Beschränkung verleiht natürlich den demokratischen Charakter eines vorläufigen Beschlusses, dessen Spitze sich deutlich gegen die Pilsudki-Regierung richtet. Die Regierungspresse spricht denn auch schon von einem „mittelbaren Mißtrauensvotum“. Pilsudki wird am 22. September nach Warschau zurückkehren.

SPD Warschau, 17. September.

Der Minister für öffentliche Arbeiten, Maracewski, der Mitglied der polnischen sozialistischen Partei ist und bei Eintritt in die gegenwärtige Regierung seine Parteifunktionen aufgegeben hat, wird in den nächsten Tagen von dem obersten Parteigericht vor die Alternativen gestellt werden, entweder aus der Partei oder aus der Regierung auszutreten. Dieser Entschluß der PPS ist auf die scharfe Resolution der polnischen Gewerkschaften gegen die Regierung zurückzuführen.

Wegen der von der Rzeczpospolita verbreiteten Nachricht über den angeblichen Aufenthalt des Generals Zagorski auf der Westplatte ist der verantwortliche Redakteur des Blattes unter Anklage gestellt worden, und zwar wegen „staatsgefährlicher Tätigkeit“.

Woldemaras bei Mussolini.

W. B. Rom, 17. September.

Der litauische Ministerpräsident Woldemaras ist hier eingetroffen und auf dem Bahnhof von Unterstaatssekretär Grandi empfangen worden, der ihn im Namen Mussolinis begrüßte.

Die Morgenblätter bringen Begleichungsartikel anlässlich des Besuchs des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras. Messaggero schreibt, der litauische Ministerpräsident käme nach Rom, um hauptsächlich Mussolini, den Chef der italienischen Regierung, persönlich kennen zu lernen, für den er große Bewunderung und lebhaften Sympathie hege. Bei dieser Gelegenheit würden aber auch zwei Verträge zwischen Italien und Litauen abgeschlossen werden, nämlich ein Handelsvertrag und ein Freundschafts- und Schiedsvertrag, über die schon seit längerer Zeit Verhandlungen geschwebt hätten. Der Schiedsvertrag sei in der Art der bisher von Italien abgeschlossenen Verträge gehalten.

Bombenattentat in Südflawien.

W. B. Berlin, 17. September.

Nach einer Abendblättermeldung aus Belgrad explodierte gestern abend in Syegwell an der Straße Rik-Saloniti im Hotel „Neu-Belgrad“ eine Höllenmaschine. Die Wirkung der Explosion war furchtbar. Binnen weniger Minuten stand das Hotel in Flammen. Die Bombensplitter töteten sieben Personen; viele wurden mehr oder minder schwer verletzt. Ehe noch die städtische Feuerwehr am Brandplatz eintraf, hatten die Flammen auch die beiden benachbarten Hotels „Saloniti“ und „Kronprinz“ ergriffen. Um Mitternacht standen noch alle drei Hotels in Flammen. Man glaubt, daß es sich um einen politischen Raub handelt.

Belgrad, 18. September.

Zu auswärtig verbreiteten Gerüchten, wonach am Freitagabend im Restaurant des Hotels Neu-Belgrad in Gswell eine Höllenmaschine explodiert sei, wodurch ein Brand entstanden und sieben Personen getötet worden seien, berichtet die Agentur Anala, es seien nur sieben Personen verletzt worden, darunter eine Schwere. Nach der angelegten Untersuchung sei der Anschlag auf die politische Gegnerschaft persönlicher Feinde des neuen demokratischen Abgeordneten Ignaz Stefanowitsch zurückzuführen, der sich gerade im Kreise von Freunden im Hotel befand.

Verantwortlich für den reaktionären Teil:

Kurt Günther in Leipzig

Verantwortlich für den Interaktanten:

Hugo Seyffand in Leipzig

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft Leipzig

Für die Abonnenten des Nordbezirks liegt der heutigen Nummer ein Prospekt der Firma M. Pictet (Der Waschschiff), Sophiestraße 9, bei.

Der heutigen Zeitungsnnummer liegt die Bilderbeilage Der Kinderfreund bei.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Textil

waren spielen in unserer Organisation eine große Rolle. Die Textil-Abteilungen sind das Rückgrat des Hauses. Entsprechend der Wichtigkeit, wird auf den Einkauf die größte Sorgfalt verwendet. Derselbe geschieht hauptsächlich durch unsere Zentrale. Erste Fachleute sorgen dafür, daß nur bewährte und vorteilhafte

Qualitäten

des In- und Auslandes bei uns Eingang finden. / Große Umsätze gestatten uns ein großes Lager zu unterhalten, ohne deshalb unrentabel zu arbeiten. Die enorme Auswahl, welche wir durch solche Riesen-

Quantitäten

bieten, gibt uns die Sicherheit daß wir jedem Geschmack Rechnung tragen können. / Die Zusammenwirkung unseres Zentral-Einkaufes, unserer großen Umsätze und -bei Leinen- u. Baumwollwaren- unserer eigenen Fabrikation, bringt unseren Kunden die denkbar größten

Preisvorteile

Eine sehr niedrige Kalkulation sorgt dafür, daß die durch unsere großzügigen Einrichtungen erzielten Verbesserungen und Verbilligungen ständig unseren Kunden zu Gute kommen.

Althoff

KLEIDERSTOFFE

Blusenstoffe ca. 70 cm breit, neue Streifen und Karos in aparten Farbstellungen Mtr. 1.25	95	Reinwollene Schotten ca. 100 cm breit, Ia Qual., in neuen Stellungen für Composites Mtr. 4.90	3 75
Hauskleiderstoffe ca. 80 cm breit, solide Gewebe und Farben Mtr. 1.25	95	Schattenrips ca. 130 cm breit, reine Wolle, erstklassige Qualität in allen Farben Mtr.	5 90
Schotten ca. 85 cm breit, für Kinderkleider u. Blusen Mtr. 1.25	95	Welliné ca. 100 cm breit, reine Wolle, für Morgenröcke u. Matjné, weiche Ware, neue Farben . . Mtr.	5 50
Donegal ca. 140 cm breit, für praktische Röcke und Knabenanzüge Mtr. 2.50	1 65	Sportflausch ca. 130 cm breit, reine Wolle, in frischen Farben, für Sportjacken und Kindermäntel Mtr.	5 90
Popeline ca. 85 cm breit, reine Wolle, in groß. Farbauswahl Mtr.	1 95	Neue Mantelstoffe ca. 140 cm breit, reine Wolle, in engl. Geschmack Mtr. 6.90	5 90
Foulé-Tuch ca. 70 cm breit, reine Wolle, in enormer Farbauswahl Mtr. 2.75	2 25	Eskimo ca. 140 cm breit, für Mäntel in neuen Herbstfarben Mtr.	6 90
Popeline ca. 100 cm breit, reine Wolle, gute Qualität in vielen Farben Mtr.	2 90	Crépe-Caid ca. 130 cm brt., reine Wolle, weichfallendes Gewebe in vielen Farben Mtr. 9.00	7 90
Reinwollene Schotten ca. 100 cm breit, hell- und dunkelfarbig, neue Stellungen . . Mtr. 3.75	2 90	Ottomane ca. 135 cm breit, erstklassige Qual., in neuen Farben für Wintermäntel Mtr. 14.50 12.50	9 50
Rips-Popeline reine Wolle, ca. 130 cm breit, unsere Spezialmarke in enormem Sortiment . . . Mtr. 3.90	2 90	Velour - Melangen ca. 140 cm breit, reine Wolle, für den eleganten Wintermantel Mtr. 15.00	14 00
Mantel-Flausche ca. 140 cm breit, reine Wolle, für solide Mäntel in dunklen Farben Mtr.	3 90	Kammg.-Anzugstoffe ca. 140/150 cm breit, erstklassige Qual., neue Muster, enorme Auswahl Mtr. 22.00 18.00 16.00	14 00

SEIDENSTOFFE

Waschseide neue Dessins, auf solidem Fond	1 10	Satin Royal ca. 85 cm breit (Kunstseide), l. schön, weichfließ. Ware für Tanzkleider besonders geign., l. schönst. Ballfarb., Mtr.	4 50
Damassé besonders schöne haltbare Qualität für elegante Futterwecke Mtr. 2.50	1 75	Trikot-Tramaline ca. 140 cm breit, engmasch. Qualität, für Kleider sowie Wischo geeignet Mtr.	4 75
Waschsamt ca. 70 cm breit, nur gekaufte Ware in vielen Farben sehr billig Mtr. 2.25	1 95	Trikot-Rayé ca. 140 cm breit, Ia. Qualität, moderne Bindungsart, in herrl. Farb., für eleg. Wischo . Mtr.	4 75
Aura-Seide ca. 80 cm breit, schöne, weichfließende Qualität, indanthren gefärbt, für Blusen u. Wäsche . . Mtr.	2 90	Crépe de Chine ca. 100 cm breit, unsere bewährte Spezial-Qual., aus gutem Material, in großer Farbauswahl Mtr. 5.90	4 90
Helvetia-Kleiderseide ca. 85 cm breit, unsere Stammqualitäten, reinseidene Ware . . Mtr. 3.50	2 95	Köper-Velvet ca. 70 cm br., forstaste, solide Qual., elegant weichfallend, tiefschwarz und in vielen Modellfarben Mtr.	4 90
Marokain (Kunstseide) ca. 100 cm breit, unsere bewährte Kleiderware in vielen Farben Mtr.	3 50	Ottomane ca. 90 cm breit, für d. modern. Mantel, in strapazierfähiger Ware, in marine u. schwarz Mtr. 6.50	5 90
Façonné (Kunstseide) ca. 100 cm breit, effektvolle Qualität in schöner Farbauswahl Mtr.	3 60	Crépe de Chine ca. 100 cm breit, moderne Druckmuster auf prima reinseid. Fond, ausg. günstig Mtr. 9.80	7 50
Taffet ca. 85 cm breit, der von der Mode begünstigte Stoff, für elegante Stilkleider in unerreichter Farbauswahl Mtr. 4.90	3 95	Reversible ca. 90 cm breit, der moderne Seidenmantelstoff, hervorragende Qual., marine u. schwarz Mtr.	8 50
Marokain-Druck ca. 90 cm breit, in nur nennselichen Mustern auf bester Grundware, enorm preisw., Mtr. 4.75	4 25	Veloutine ca. 100 cm breit, das bevorzugte Modegewebe, Wolle mit Seide, in den mod. Farben Mtr. 10.50	9 80
Sealcord ca. 70 cm breit, hochglänzendes bestes Fabrikat, waschbar, für Morgenröcke und Kleider Mtr.	4 50	Crépe-Satin ca. 100 cm br., besonders schöne Ware, für das elegante Abendkleid, enorm billig	10 50

LEINEN- UND BAUMWOLLWAREN

Rohnessel ca. 80 cm breit, unsere bekannte Standard-Qualität Mtr. 62 52	42	Serviette ca. 60/80 cm, zum Tischtuch passend	1 00
Rohnessel kräftige Qualität für Bettwäsche ca. 140 cm breit . . Mtr. 1.30 95 J ca. 120 cm breit Mtr. 1.20	88	Kissenbezug ca. 70/80 cm, aus gutem Wischostoff, mit Glanzgarnbogen 1.65 1.35	1 10
Hemdentuch ca. 80 cm brt., solide weißliche Ware Mtr. 1.05 84 74	50	Kissenbezug ca. 75/80 cm, gute Linon-Qual., sauber gearbeitet	1 25
Hemdentuch ca. 80 cm brt., feinfilzig, unsere bekannt guten Kenforces Mtr. 96 78	62	Bettbezug zum Kissenbezug passend	5 25
Linon für Bettwäsche, solide Gebrauchsqualität n. 120 cm breit . . Mtr. 1.95 1.15 n. 80 cm breit Mtr. 1.05	65	Bettuch ca. 140/225 cm, aus solidem Bettuch-Nessel 3.20	2 30
Stangenleinen kräftig, gut ausgefärbt. Ware, ca. 120 cm brt. Mtr. 1.75 1.25 n. 80 cm breit Mtr. 1.25	85	Frottierhandtuch ca. 40/90 cm, schönes weiches Tuch, farbig gestreift	5 50
Wischtuch 45/45 cm, kräftiges Tuch, weiß-rot kariert	18	Frottierhandtuch ca. 55/105 dicke, mollige Ware 1.45 ca. 45/100 gutes Gebrauchstuch . . .	9 50
Wischtuch 54/54 cm, Halbleinen, kariert	38	Schürzen-Siamosen ca. 120 cm breit, gute Qualität, freundliche Muster 1.50 1.25	9 50
Handtuch 40/100 cm, Gerstenkorn, mit roter Kante	35	Sportflanell ca. 70 cm breit, schöne Ausmusterung für Blusen und Hemden Mtr. 65	50
Handtuch Reisleinen, grau mit Kante 46/110 604 46/100	72	Köper-Bardent kräftige gebleichte Qualität, ca. 80 cm breit Mtr. 1.05 78 68	5 50
Handtuch 46/100 cm, Reisleinen, Drell oder Gerstenkorn . .	1 20	Schlaf-Decken ca. 140/190 cm unifarbig, mit Kante 2.50 2.10	1 75
Tischtuch 110/160 cm, solide Gebrauchsware	3 25	Schlaf-Decken ca. 150/200 cm moderne Jacquard-Muster 7.50 6.25 ca. 140/190	4 25
Tischtuch ca. 120/180 cm, Halbleinen-Tschwarz, halb gebleicht . .	5 25		

Die Schule der Ausgestoßenen.

Das Zigeunerkind in die Schule gehen, ist eine Seltenheit. Fürs Leben sind ihnen andere Dinge notwendig als Lesen und Schreiben.

Jetzt gibt es eine Zigeunerschule, eine einzige in Europa, eine einzige in der ganzen Welt. Das seltsame Haus erhebt sich am Rande der Großstadt Ujhorod.

Woher leben die Zigeuner? Von Betteln, von Kleinstadtreiherei, von Hundesfang zur Zeit der habsburgischen Hundesperre.

Jetzt wollen wir mal in die Schule gehen. Die Zigeuner haben dieses sehr europäisch aussehende einstöckige Häuschen selber aufgebaut, die dazu nötigen fünfundsechzigtausend Kronen haben ihnen Staat und „Pan Masaryk“ persönlich zur Verfügung gestellt.

Musik macht Spaß. Die Kinder pilgern wirklich gern zur Schule, sie sind von dem Wunsch auch noch nicht abgekommen, der Schulweg ist im Durchschnitt sechzig Meter lang.

Der Lehrer ruft „Tendren savore!“ Alle aufstehen! Dann begrüßt uns in voller Besetzung aller Stimmen ein Lied, in der Zigeunersprache gesungen; es soll hier gleich überfetzt stehen:

„Ein Zigeunermädchen war meine Geliebte. Sie meinte, ich würde sie heiraten, Aber ich wollte sie nicht.“

Ich weiß leider nicht, wie sich diese Liebestragödie weiterentwickelt hat; statt die Wichtigkeit zu Ende zu übersehen, erzählt der Lehrer, gleich dies und jenes von seiner Schule, den Kindern ruft er zu „Csiti“, Ruhe; „Beschen“, legen.

Der junge Lehrer von Ujhorod heißt Josef. Er hat die Zigeunersprache erlernt, obwohl die offizielle Unterrichtssprache slowakisch ist, das die Kinder auch ganz gut beherrschen.

Mit dem Cholera-Bazillus.

Prof. Passarges Reformprogramm.

Der deutschnationale Kandidat für die Hamburger Bürgerstimmwahlen, Universitätsprofessor Dr. Passarge, hat in einer Schrift das folgende gemittelte „Wiederaufbauprogramm“ aufgestellt: „Verbot der Lebensmittelimporte, damit der Bevölkerungsüberschuß durch Hungertod beseitigt wird, ferner Verbot aller Maßnahmen gegen Seuchen, Verbot aller Impfungen und freies Wollen aller die Großstädte reinigenden Epidemien.“

Kennen Sie den Hamburger Universitätsprofessor Passarge? Ein Mensch von Geschmack und Originalität! Wissenschaftler mit soliden Rasseinstincten und einer Weltanschauung, die einen tiefen Gehalt ins Exzentrische hat.

Passarge garantiert langjährig, Antisemit aus Neigung und Beruf, Kandidiert für die Hamburger Prozentpatrioten bei den Bürgerstimmwahlen.

Dagegen ist Herr von Reudell, der freitbare Feldherr von Adlershof, ein ungetriebenes Wasserchen und selbst Herr von Sobornern, der Rede mit dem reichspatentlich geschützten Kommunismus, verblüht vor dem Professor Passarge zu einer düsternen Anschulstille.

Da entblättert sich die Seele Osteliens in Reinverschmitt. Dem deutschen Clemenceau hat der Westkrieg noch zu viel Deute, insbesondere Proleten, übriggelassen.

Um allen mehr oder minder rötlichen Erscheinungen unseres politischen Lebens die republikanische Spitze radikal abzubreaken, empfiehlt Passarge, der Volksantiker und nationale Kandidat, gut sozialistische Arbeit: Säuberung des Territoriums durch eine glänzende funktionierende Hungersnot. Das ist Artveredelung frischweg für König und Vaterland!

Wird das eine Gaudi werden für die überernährten Passarges, wenn man nach ihrem Programm serienweise die Proleten durch Hunger verrecken läßt.

Spah belletie, denkt Passarge, ist es keine glänzende Idee, die verdammten Sozis durch Lebensmittelperrre müde zu klopfen und auszuhungern? Weber Bomben noch Blausäure, und nur noch engros!

Kein Mensch kann leugnen, daß der schwarzweißrote Kandidat mit großartigen Projekten schwanger geht! Aber es kommt ja noch weit besser! Herr Passarge möchte uns ein paar zutrauliche Bazillen mit auf den Lebensweg geben.

Reit und rund, ohne viel Theater: Inphus, Cholera, Pestinfektionen gefällig? Das Verbot aller Impfungen soll dazu noch ein übriges tun.

Großstädte reinigende Epidemien

... nennt das der deutschnationale Wahlkandidat. Herr Dr. Passarge ist ein Zwiel. Man sollte sein lorbeerbeskränktes Bild in allen illustrierten Blättern der Unten ganzseitig zum Abdruck bringen.

Er ist ehrlicher, kaum aber brutaler als die andern Gefinnungsfreunde.

Ihm ist die Maske verrutscht. Und die Witsage der „bödel“hassenden Feudalreaktion kam barbarisch nackt zum Vorschein.

Daß noch 100 Passarges diese puhige Sorte Nächstenliebe predigen ...!

Und wir werden von der „deutschnationalen Seuche“ endgültig geheilt sein.

Was uns dann der freundliche Akademiker sozial Pestilenzen an den Hals wünscht, als es ihm Spaß macht.

Kaiser-Büch.

Die Blutgier der rumänischen Siguranza.

Brasilianu verlangt Auslieferung eines Arbeiterführers.

Am 18. August wurde der rumänische Arbeiterführer Glet Răbăş in Genslusch, einem Orte an der karpatho-russisch-rumänischen Grenze, auf tschechoslowakischem Boden verhaftet.

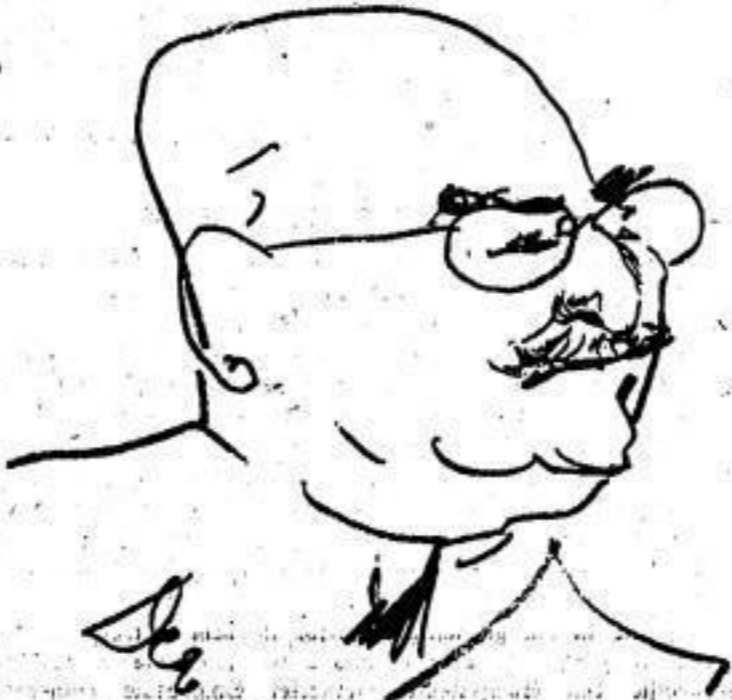
in Rumänien 1925 zusammen mit Boris Stefanow in contumaciam zu 10 Jahren verurteilt worden.

Trotz jahrelanger Verfolgung durch die Siguranza, die ihm einen erbitterten Haß nachtrug, gelang es Răbăş, dank seiner Popularität, seine Freiheit zu bewahren. Sobald seine Verhaftung in der Tschechoslowakei den rumänischen Behörden bekannt wurde, haben diese versucht, ihn in ihre Krallen zu bekommen.

Glet Răbăş ist schon vor dem Kriege ein aktiver Teilnehmer der lebendbürglichen Arbeiterbewegung und Mitglied der ungarischen Sozialdemokratie gewesen. Sehr bald erfuhr er sich einer sehr großen Popularität zunächst unter den Holzarbeitern.

Er sammelt Doktorhüte.

So sieht er aus ...



Heberdokter Duisberg.

Von August Erdmann.

Der Vorsitzende im Reichsverbande der deutschen Industrie, Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. Duisberg in Heberdokus, ist von der Universität Marburg zum Ehrendoktor der evangelisch-theologischen Fakultät ernannt worden.

„Abgesehen davon, daß es nur wenig völlig Bestohlene gibt und daß die Bestohlenen sich untereinander laufend abhelfen, hat sich Reus, und zwar sehr oft in kurzen Fristen, ein Auf und Nieder unter den einzelnen Bevölkerungskreisen vollzogen.“

Schon der eine Satz, daß es „nur wenig völlig Bestohlene gibt“, spricht für den Anspruch Duisbergs auf den Ehrendoktor der Staatswissenschaft. Aber er hat auch Beweise für sein ewiges Auf und Nieder unter den einzelnen Bevölkerungskreisen.

Wie viele von den lebenden Deutschen sind es denn, denen der Aufstieg aus dem Nichts zur Höhe gelungen ist? Und wie unendlich viel größer ist die Zahl derjenigen, die Profetatier waren, sind und bleiben? Und was ändert es am Wesen des Klassenstaates, wenn von achtundzwanzig Arbeitern einer in die Klasse der Kapitalisten und, nach dem Duisbergischen „Auf und Nieder“, dafür ein Kapitalist ins Proletariat abwandert?

sein, jedesmal bereits günstig für ihre spätere Entwicklung gewesen ist:

„Sie entstammen alle festgefühten bürgerlichen Häusern, die wirtschaftlich selbständig und gefestigt sind und eine gewisse geistige Eigenart haben ... Aber keiner ist aus einer ärmeren Familie der untersten Volksschichten hervorgegangen, denn von da aus hat der einzelne viel zu große und aufreibende Hindernisse zu überwinden ...“

Das hört sich etwas anders an als die Staatsweisheit des Dreiviertel-Jugend-Doktors Duisberg. Was dieser im dritten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts offenbart, ist aufgewärmt der Kohl aus der Küche des Liberalismus.

Eisenbahn-Katastrophen.

Bei Potsdam und Frankfurt am Main.

Berlin, 19. September.

Sonntagabend 19.30 Uhr entgleiste bei der Einfahrt in den Bahnhof Caputh-Geltow bei Potsdam ein Personenzug der Brandenburgischen Städtebahn, der von Beetz-Heilstätten in Richtung Wildpark abgefahren war.

WIB Frankfurt a. M., 17. September.

Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion ist der Schnellzug D 304 Mainz-Frankfurt a. M. 20.46 Uhr auf der Durchfahrt durch den Bahnhof Goldstein entgleist.

Schweres Flugunglück.

Nicht Tote, vier Schwerverletzte.

LU Neuyork, 17. September.

In der Nähe von Hadley im Staate Newjersey stürzte ein Passagierflugzeug ab und wurde vollständig zerkleinert.

LU Neuyork, 18. September.

Die Zahl der bei dem Absturz eines Passagierflugzeuges in der Nähe von Hadley im Staate Newjersey ums Leben gekommenen Personen hat sich auf acht erhöht. Vier Personen erlitten so schwere Verletzungen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Der Tod im Auto.

Von der Uhrkette erdroffelt.

SPD Breslau, 19. September. (Radio.)

Der Bürgermeister von Ratibor, Glendit, verunglückte in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag tödlich. Glendit fuhr in seinem Kraftwagen von Beuthen die Straße nach Ratibor.

255918 Gastwirtschaften.

Nach dem Ergebnis der letzten gewerblichen Betriebszählung sind im Deutschen Reich 255 918 Gast- und Schankwirtschaften vorhanden, in denen insgesamt 718 000 Personen beschäftigt werden.

Papierindustrie und Vertriebsfertigungsgewerbe in Sachsen.

Ein Ueberblick über Papierindustrie und Vertriebsfertigungsgewerbe Sachsens ist gerechtfertigt bei der besonders wichtigen Stellung gerade Sachsens in dieser Industrie; beschäftigt doch Sachsen allein rund ein Fünftel, 112 007 Personen, aller Beschäftigten dieser Gewerbegebiete im Deutschen Reich.

Nach den ausführlichsten tabellarischen Nachweisungen des Statistischen Reichsamts (in Wirtschaft und Statistik) fällt im Zweig Papiererzeugung drei Zehntel allein auf Sachsen mit seinen 379 Betrieben und 31 648 Beschäftigten dieses Gewerbebezuges, und zwar dank den großen Holzvorräten Sachsens, dank der sächsischen Textilindustrie mit ihren Abfällen für Papiererzeugung, dank dem Leipziger Buchdruckgewerbe mit seinem Papierverbrauch.

Ueber ein Fünftel der deutschen Papierverarbeitung und Papierverarbeitung kommt allein auf Sachsen mit seinen 2052 Betrieben und 34 312 Beschäftigten. Auch in den Zweigen Vertriebsfertigungsgewerbe, Verlags- und Druckgewerbe, Photographisches Gewerbe spielt Sachsen mit 2410 Betrieben und 47 037 Beschäftigten eine große Rolle, wesshalb es hier von Preußen und speziell von Berlin, der Reichshauptstadt mit ihren vielen Zentralstellen, übertrifft wird.

Betrachten wir die einzelnen Zweige unserer ganzen Industrie in Sachsen etwas genauer. Im Zweig Papiererzeugung (mit 379 Betrieben und 31 648 Personen) herrscht die Größenklasse der Betriebe von je zehn bis fünfzig Personen vor (149 Betriebe). Gleich stark sind (mit je 69 Betrieben) die Betriebsklasse von je fünf bis zehn Personen und die Betriebsklasse von je fünfzig bis zweihundert Personen. Die größte Betriebsklasse von je über tausend Personen zählt nur drei Betriebe. In der Betriebsklasse der Beschäftigten ist die wichtigste Größenklasse die der Betriebe mit je zweihundert bis fünfhundert Personen, die allein schon über neuntausend Beschäftigte umfaßt. In der Betriebsgrößenklasse von je fünf bis zehn Personen treffen wir weitere rund achtausend Beschäftigte und gegen hunderttausend in der Größenklasse von je fünfzig bis zweihundert beschäftigten Personen. Bei den Zweigen Papierverarbeitung und Papierverarbeitung liegt das Schwergewicht in den Größenklassen von je fünf bis fünfzig und von fünfzig bis zweihundert Personen (mit zusammen über neunzehntausend Personen). Nach der Betriebszahl ist die Größenklasse der (1333) Kleinbetriebe die stärkste, dann folgen (473) mit je bis drei Personen. Nach der Personenzahl steht an dritter Stelle mit hunderttausend Beschäftigten die Größenklasse von zweihundert bis fünfhundert Personen. Dagegen die drei Betriebe der Größenklasse von je fünf bis zehn Personen haben nur 1637 Beschäftigte, dazu kommt noch ein Betrieb der Größenklasse über tausend Personen mit 1487 Beschäftigten.

Das Vertriebsfertigungsgewerbe sowie Verlags- und Druckgewerbe hat seine Hauptstärke — nach der Personenzahl angesehen — in der Größenklasse von fünfzig bis zweihundert Beschäftigten mit rund zwölftausend Personen von den rund hunderttausend Beschäftigten dieser Zweige. Weitere zehntausend Personen fallen auf die Größenklasse von zweihundert bis fünfhundert Personen, hunderttausend auf die höhere Größenklasse bis zu je tausend Beschäftigten, über neuntausend Personen auf die kleinere Größenklasse von je zehn bis fünfzig Personen.

Beim kleinsten Zweig, dem des Photographischen Gewerbes, herrschen naturgemäß die niedrigsten Größenklassen vor, so sind von den insgesamt 910 Betrieben allein 506 Kleinbetriebe, rund dreihundert Betriebe zählen bis jeweils drei Personen. Die höchste Größenklasse hier ist die von je zehn bis fünfzig Personen mit 137 Personen.

Volkswirtschaftlich und soziologisch von Interesse ist dann die soziale Schichtung des Personals unserer Industrie und seine Teilung nach dem Geschlecht.

Gegen vier Zehntel des ganzen Personals ist weiblichen Geschlechts, nämlich 41 804 Personen. Dieser Durchschnitt der Frauen ändert sich natürlich nach den sozialen Schichten, in die das gesamte Personal der Industrie zerfällt. Bei den über sechstaufend Betriebsleitern sind über ein Fünftel weiblichen Geschlechts (1857 Personen). Von den rund zwölftausend „Angestellten“ sind gegen drei Zehntel weiblich (3598 Personen). Von den nahezu vierundneunzigtausend „Arbeiter“ haben wir gegen vier Zehntel weiblich (38 000) Arbeiterinnen. Und natürlich dominiert das weibliche Geschlecht bei der an sich kleinen sozialen Schicht unserer Industrie, der „mithelfenden Familienangehörigen“, von deren 983 Personen volle 842 weiblich sind.

Der allgemeine Durchschnitt des Frauenanteils an der ganzen Papierindustrie (37,1 vom Hundert der Personen) ändert sich andersseits natürlich auch nach den einzelnen Zweigen unserer Industrie. Ueber die Hälfte Frauen und Mädchen (57,6 vom Hundert aller Beschäftigten) weisen die Zweige Papierverarbeitung und Papierverarbeitung auf mit gegen zwanzigttausend Frauen und Mädchen. Im Zweig Vertriebsfertigungsgewerbe ist über ein Drittel (34,5 vom Hundert) aller Beschäftigten weiblichen Geschlechts (15 675 Frauen und Mädchen), das Photographische Gewerbe zählt gegen ein Viertel (23,0 vom Hundert) weibliche Beschäftigte (372 Personen). Am schwächsten ist natürlich das weibliche Geschlecht vertreten bei der Papiererzeugung, mit nicht ganz einem Fünftel (18,9 vom Hundert) weiblicher Personen (5996 Frauen und Mädchen).

Die soziale Schichtung des gesamten Personals unserer Industrie, also Männer und Frauen zusammen, nach der Stellung in den Betrieben ist folgende: Die Arbeiter machen 83 vom Hundert aller Beschäftigten der Papierindustrie aus und sind 93 782 Personen in unserer ganzen Industrie. Dieser Hundertsatz steigt bis zu 91,1 vom Hundert im Zweig Papiererzeugung, er beträgt 81 vom Hundert im Zweig Papierverarbeitung und -verarbeitung, er ist 80,9 vom Hundert im Vertriebsfertigungsgewerbe, er sinkt auf 24,6 vom Hundert im Photographischen Gewerbe.

Speziell die weiblichen Arbeiter sind in der gesamten Papierindustrie 38,4 vom Hundert aller Arbeiter; der Hundertsatz steigt von 19,7 vom Hundert in der Papiererzeugung bis 61,3 vom Hundert in der Papierverarbeitung und -verarbeitung. Im Vertriebsfertigungsgewerbe ist der Hundertsatz 35,8 vom Hundert, im Photographischen Gewerbe 36,5 vom Hundert.

Ein Zehntel des gesamten Personals der Industrie sind Angestellte (12 094 Personen). Diese soziale Schicht ist am stärksten mit 14,4 vom Hundert des Personals im Vertriebsfertigungsgewerbe, am schwächsten mit 7,3 vom Hundert in der Papiererzeugung, sie beträgt 9 vom Hundert in der Papierverarbeitung, 8,2 vom Hundert im Photographischen Gewerbe. Rund drei Zehntel der Angestellten (20,7 von ihrem Hundert) sind weiblich. Ihr Hundertsatz steigt bis zu 44,1 vom Hundert im Photographischen Gewerbe und sinkt bis 13 vom Hundert in der Papiererzeugung, er beträgt 34,2 vom Hundert in der Papierverarbeitung und 33,1 vom Hundert im Vertriebsfertigungsgewerbe.

Die Betriebsleiter sind rund ein Zwanzigstel des ganzen Personals der Industrie, 5,4 vom Hundert aller Personen. Im Photographischen Gewerbe erhöht sich ihr Hundertsatz bis zu 58,6 vom Hundert aller Personen, in der Papiererzeugung ist er nur 1,5 vom Hundert aller Beschäftigten. Bei der Papierverarbeitung sind 8,4 vom Hundert des Personals, beim Vertriebsfertigungsgewerbe 4,1 vom Hundert der Beschäftigten Betriebsleiter. Der allgemeine Hundertsatz von 22,1 vom Hundert für die weiblichen Betriebsleiter der ganzen Industrie wird 40,2 vom Hundert bei der Papiererzeugung, dagegen fällt er auf 3,2 vom Hundert bei der Papierverarbeitung, auf 8,2 vom Hundert im Vertriebsfertigungsgewerbe und 7 vom Hundert im Photographischen Gewerbe.

Die letzte soziale Schicht, die der „mithelfenden Familienangehörigen“, ist nur 0,9 vom Hundert des ganzen Personals unserer Industrie. In der Papiererzeugung macht sie nur 0,1 vom Hundert aus, dagegen 8,6 vom Hundert im Photographischen Gewerbe. Der

allgemeine weibliche Hundertsatz belief sich 85,7 vom Hundert selbst bis zu 91,3 vom Hundert in der Papierverarbeitung und sank bis zu 40 vom Hundert in der Papiererzeugung.

Deutsche Hoheisenherzeugung im August.

Nach der Zeitschrift Stahl und Eisen ist die Produktion von Hoheisen auch im August noch etwas gestiegen. Gegen August 1926 ist sie um 285 000 Tonnen oder 31 Prozent größer. Auf die einzelnen Bezirke entfielen in Tonnen:

	Juli 1927	August 1927
Rheinland-Westfalen	876 065	881 787
Nord-, Ost- und Mitteldeutschland	112 731	114 841
Siege- und Ruhrgebiet	65 438	64 378
Süddeutschland	27 873	27 682
Schlesien	25 888	28 835
Ganz Deutschland	1 108 893	1 115 503

Im Betriebe waren von den vorhandenen 191 Hochofen im August 115, die eine tägliche Leistungsfähigkeit von 50 745 Tonnen aufwiesen. Seit August 1926 hat sich die Zahl der Hochofen um 17 vermindert.

Glänzende Rentabilität der Forstbetriebe.

Im Braunschweiger Volksfreund Nr. 202 wird über die finanziellen Erträge der Forstbetriebe in Braunschweig berichtet. Sie brachten der Staatskasse folgende

Kleinträge: Im Jahre 1924 2 493 886,58 M., im Jahre 1925 3 032 820,24 M., im Jahre 1926 2 838 810 M., zusammen 8 365 517,82 M. Der Staatshaushaltsplan für 1927 sieht einen Ueberschuß von 2 075 300 M. vor. Die größten Ueberschüsse werfen die Fischereiwaldungen ab. Die Laubwaldungen folgen erst in sehr großem Abstände. Ein Hektar Fichtenwald erbringt in 100 Jahren unter Zugrundelegung der jetzt geltenden Holzpreise 11 250 M., während ein Buchenwald von gleicher Größe in 120 Jahren nur 8400 M. erbringt. Der Berichterstatter meint von den Einnahmen der braunschweigischen Staatsforsten, daß sie in den letzten Jahren fast immer größer gewesen seien als beispielsweise die Erträge der gesamten Landesgrundsteuer, und daß sie das Rückgrat der Staatsfinanzen sind.

Nach diesen Angaben stellt ein Forstbetrieb heutzutage ein sehr einträgliches Geschäft dar. Er bringt keine Kosten, die in anderen Betriebsunternehmungen erst gesucht werden müssen. Befremdend, ja lächerlich wirkt angesichts dieser Tatsache die Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft im Forstbetriebe. Sie ist so gering, daß die Waldarbeiter neben den Landarbeitern als die am schlechtesten bezahlte Berufsgruppe anzusehen sind. Soweit Braunschweig in Frage kommt, reizte die soziale Engherzigkeit der braunschweigischen Regierung nicht einmal so weit, daß sie den Waldarbeitern, so wie in vielen anderen Freistaaten, eine kleine Weihnachtsgeldbeihilfe auszahlte.

Man wird in den Parlamenten bei zukünftigen Unterhaltungen über die Rechnungsabgrenzungen für die Staatsforsten an dieses Problem besonders zu denken haben.

Verbandstag der Beamtentagung.

Am 17. und 18. d. M. tagte in dem Saale des Rheingold in Berlin der 8. Verbandstag des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten. Er stand unter dem Zeichen des Auf- und Weiterbaues der freigewerkschaftlichen Bankangestellten-Bewegung. Die vorliegenden Anträge lagen insbesondere auf der Linie des Ausbaues der sozialen Einrichtungen. Der Allgemeine Verband hat sich auf dem Verbandstag eine eigene Krankenkasse und eine Hinterbliebenen-Unterstützung geschaffen, die sich in ihren Leistungen bei sehr niedrigen Beiträgen mit jeder anderen derartigen Einrichtung messen kann. Die rote Fahne, die die Auffassung eines kleinen Häufleins kommunistischer Bankangestellter wiedergibt, steht sich demgemäß der Verwaltung des Allgemeinen Verbandes vorwärts darüber zu machen und wirft die Frage auf: Unterstützungsverein oder Kampfgewerkschaft? Damit geben die Unentwegten zu erkennen, daß sie die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Selbsthilfe nicht begriffen haben.

Im Geschäftsbericht kritisierte der Geschäftsführer Benno Marx, Berlin, in schärfer Form die Sozialpolitik der Reichsregierung. In dieser Politik kommt ganz deutlich die enge Verbindung zwischen Großkapital und Regierung zum Ausdruck. Leider wird von einem großen Teile der Bankangestellten die Sozialpolitik der Reichsregierung als etwas „Gottgewolltes“ und „Unabänderliches“ hingenommen. Die Zerschmetterung der Bankangestellten-Bewegung macht sich darin bemerkbar, daß heute im Bankgewerbe 7 Organisationen gegenüber 2 Organisationen in der Vorkriegszeit um die Gunst der Bankangestellten buhlen. Dem gegenüber steht das geschlossene Bankkapital, das im Reichverband der Bankangestellten sich eine Organisation geschaffen hat, die für die Bankangestellten beispielgebend in ihrer Geschlossenheit, Disziplin und Ehrlichkeit sein sollte.

Die Tarifpolitik der letzten Periode behandelte der Geschäftsführer, Ratz-Gomack, Berlin, in einem längeren Referat, in dem er insbesondere die Tarifpolitik des Deutschen Bankbeamten-Vereins geißelte, der um ein Unsegericht jedem Schiedspruch des Arbeitsministeriums seine Zustimmung gebe. Die Ideologie „Reber den Sperling in der Hand als die Laube auf dem Dache“, die der DVB dabei verfolgt, findet leider noch immer eine gläubige Anhängererschaft. Die Erziehung des DVB findet ihren Ausdruck leider immer noch in einem Ständesinn und Vorurteil gegen die gewerkschaftliche Organisation.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht sowie über die Tarifpolitik gestaltete sich äußerst lebhaft, vertiefte jedoch in erfreulich sachlicher Form. Die auswertigen Delegierten wünschen insbesondere eine stärkere Bearbeitung der Gausgebiete. Der Schiedspruch über die Bezahlung der Arbeitszeit im Bankgewerbe stelle geradezu eine Brutalität dar und solle dazu benutzt werden, den Bankangestellten die Bedeutung und Wichtigkeit der arbeitszeitlichen Bestimmungen klarzumachen.

Die Zusammenarbeit im AFB-Bund wurde allseitig begrüßt und unterstützt. Eine entsprechende Resolution fand einstimmig Annahme. Ebenso eine Entschließung zur Lohnpolitik.

Der allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten hat die Krisenperiode im Vergleich zu der angehtlich führenden Organisation im Bankgewerbe, dem DVB, glänzend überstanden und befindet sich in steter Aufwärtsentwicklung. Praktische Arbeit hat die freigewerkschaftliche Bankangestellten-Organisation vor allen Dingen auf dem Gebiete der Unterstützungswesen geleistet. Sie vermochte allen Ansprüchen an Erwerbslosen-Unterstützung, Notfall-Unterstützung usw. gerecht zu werden und hat dafür insgesamt im Jahre 1926 74 870,52 Mark aufgewendet. Die Bruttoeinnahmen für das Jahr 1926 betragen 270 842,48 Mark. Der Verband konnte einen Ueberschuß von 29 448,10 Mark erzielen. Das Verbandsvermögen beträgt mit Ablauf des Jahres 1926 68 478,92 Mark.

Die Aussichten für die Weiterentwicklung der freigewerkschaftlichen Bankangestellten-Organisation sind günstig. Bei Entfaltung einer intensiven Propaganda und Werbetätigkeit für die ideale Befreiung, die der Verband verfolgt, ist uns um die zahlenmäßige wie ideelle Erstarkung der freigewerkschaftlichen Bankangestellten-Organisation nicht bange.

G. A. M.

Verhandlungen in der Textilindustrie Sachsens.

Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr in den Lohnstreit zwischen den 300 000 sächsischen Textilarbeitern und den Textilindustriellen eingegriffen. Er ordnete Schlichtungsverhandlungen zwischen den streikenden Parteien an, die kommenden Mittwoch in Dresden beginnen sollen. Zum Schlichter ist Dr. Ditz von sächsischen Arbeitern- und Wohlfahrtsminister bestimmt worden.

Friede in Krefeld.

Die seit einigen Tagen unter dem Vorhitz des vom Reichsarbeitsminister ernannten Sonderrichters, des Oberlandesgerichtsrats Dr. Siller, in Köln geführten Einigungsverhandlungen für die Krefelder Seidenindustrie haben heute in später Abendstunde zur Verständigung unter den Parteien und damit zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages geführt. Sowohl die Forderungen wie auch die Höhe der Lohnspanne wurden in freier Vereinbarung festgesetzt.

Das neue Abkommen läuft bis zum 15. Oktober 1928 und kann zu diesem Termin erstmalig mit vierwöchiger Frist gekündigt wer-

den. Die Arbeitsaufnahme erfolgt auf dem schnellsten Wege. Die Betriebe werden am 20. September wieder geöffnet. Um dies zu bewerkstelligen, sollen in der Veredelungsindustrie die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche für die Vorarbeiten notwendig sind, im Laufe des Monats bereits eingestellt werden.

Technische Beforderungshemmnisse.

11. Berlin, 17. September.

Wie von zuständiger Stelle bekanntgegeben wird, ist eine Veröffentlichung der Beforderungsvorlage aus technischen Gründen vorerst nicht möglich. Jedoch wird voraussichtlich in den ersten Tagen der nächsten Woche der Reichsfinanzminister in einem längeren Vortrag vor der Presse die Grundzüge der Beforderungsreform bekanntgeben.

Die Solinger Heimarbeiter streiken.

Nachdem die Lohnverhandlungen mit den Heimarbeitern der Taschnemmer- und Federmesserbranche gescheitert sind, traten am 16. September die genannten Heimarbeiter in den Ausstand. Die allgemeinen Lohnverhandlungen, zu denen der Schlichter für den 16. September eingeladen hatte, führten zu keinem Ergebnis. Von den Belegschaften dreier weiterer Firmen sind die Kündigungen eingereicht worden.

Lohnabkommen in der Herrenkonfektion.

Die schwebenden Lohnunterschiede in der deutschen Herrenbekleidungsindustrie wurden durch eine Vereinbarung, die im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Reichsarbeitsgerichtsrats Dr. Königsberger stattfand, beigelegt. Das neue Lohnabkommen sieht eine Erhöhung von etwa 10 Prozent vor und läuft bis zum 30. April 1928.

Bewegung im rheinischen Revier.

Vor einiger Zeit wurde von den Gewerkschaften das Abkommen über die Arbeitszeit gekündigt und ab 1. Oktober die Arbeitszeit verlängert. Wie der Sozialdemokrat in der Rheinischen Arbeiterzeitung hierüber an der Unnachgiebigkeit der Unternehmer geäußert. Die Erbitterung in den Kreisen der Bergarbeiter ist außerordentlich stark. Es ist damit zu rechnen, daß die Hartnäckigkeit der Unternehmer einen schweren Kampf heraufbeschwört. Wenn es nicht gelingt, bis zum 1. Oktober ein annehmbares Verhandlungsergebnis zu erzielen, dann werden auch im rheinischen Braunkohlenbergbau Arbeitsniederlegungen im größten Maßstabe unvermeidlich.

Stundfunkprogramm

Die Reichlichen Höre hören heute Montag zum erstenmal am mitteldeutschen Sender. Gesungen wird Acis und Galates, jenes große Werk von Händel, dessen Vortrag etwa zwei Stunden dauert. Beginn des Vortrags 20.15 Uhr.

Dienstag, den 20. September. Wirtschaft. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise; amerikanische Metallmengen des Vorabends. 12.50 und 13.25 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen. 14.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Baumwoll-, Land- und Seidenpreise, Berliner Del Rotz und Berliner Butter. 15.30 Uhr: Berliner Deschen amtlich, Berliner Produktenbörse amtlich. 16 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wiederholung von 14.45 und 15.30 Uhr und die laufenden Produktenbörsen, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrott. 16.08 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle und Landwirtschaft. 17.25 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen. 18 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Letzte Notierungen. 20.05 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen. Unterhaltung und Belehrung. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfen-Tripophon. (Uebertragung aus dem Hupfen-Haus, Leipzig, Petersstr. 4.) 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Besonderebericht. 15-15.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Maria Clorer: „Was bringt die Herbst- und Wintermode?“ 16.30-17.25 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Aguntz. 17.30-18 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 18.05-18.30 Uhr: Frauenfunk. Fräulein Dr. Krüger-Dresden: „Gewerbesysteme der Frau.“ 18.30-18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. von Eschere und E. M. Wiffert: Spanisch für Anfänger. 19-19.30 Uhr: Dr. Robert Scharf-Dresden: „Vom Wesen der Lichtwirtschaft.“ 1. Vortrag. 19.30-20 Uhr: Vortragsreihe: „Wanderungen durch unsere Heimat.“ 20. Vortrag. Dr. Felebrich Schlegel-Dresden: „Im sächsischen Erzgebirge.“ 20 Uhr: Weiterausgabe und Zeitangaben. 20.15 Uhr: Räte und Höhe Zwischenfälle des Alltags. 21.15 Uhr: Kammermusik. Mitwirkende: Fritz Ruder (Violine), Richard Kotsch (Viola), Otto Wunderlich (Gitarre), Theodor Blumer (Klavier). 21.45 Uhr: Röhlich. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.15-24 Uhr: Tanzmusik. Dresdener Rundfunkkapelle.

Volkshaus Leipzig

Spezialangebote: Heute: Pikantes Fleisch mit Ei und Gurkensalat 75 ; Deutsches Beefsteak mit Zwiebel, Rothkolli und Kartoffeln 90 ; Morgen: Wildschwein-Pfetter mit Klößen 1.20. Geflügel mit Spargel 65 ;

Sonntags.

Von Joachim Ringelnah. Du redest. Du redest doch auch zu mir? Die Kangel ist so hoch entfernt.

Was redest du so düst. Und fremd? Wasche doch einmal laut! Was trägt du für ein feierlich Hemd?

Was gehst du so um den Brel herum, Um den saftigen, würzigen Brel? Ich war so froh; nun bist ich dumm.

Und läche dich gerne Splitternacht, Bergwiesentens Gefächts. Ich bin viellecht vom Teufel gepackt.

(Vorabdruck aus dem dieser Tage erscheinenden neuen Gedichtbande von Joachim Ringelnah: Reisebrief eines Aristokraten. Mit Erlaubnis des Verlages Ernst Rowohlt, Berlin.)

Neues zur Vorgeschichte.

Eiszeitpunkt — „Venus“ — Die Frau — Sklaverei — Privateigentum.

Vom Anthropologentag in Köln.

Was man die Einladung, da regnete es von „Ramen“ im Ehrenausfluß: Stierberg, Louis Hagen, Bischof und Superintendent usw. Ein Programm für Sonntag bis Samstag.

Darauhin fuhr man nach Köln. Von Vorträgen war keine Rede. Und als man bei der Eröffnung die Vortragsfolge bekam, da wurde man zweifelhaft, ob die Sache sich lohnen würde.

Anthropologie? Ja, die Anthropologie war nämlich überhaupt nicht vertreten. Seit Gründung der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft durch Rudolf Virchow und Adolf Bastian in den sechziger Jahren war man gewohnt, die Anthropologen (Virchow! Klaatsch! Schwalbe!) das Zepter führen und das Programm füllen zu sehen.

Es reden Herbert Kühn, der Verfasser der großen, von ökonomischen Gesichtspunkten ausgehenden „Primitiven Kunst“. Kühn ist auch der Herausgeber des wertvollen Jahrbuchs für prähistorische Kunst (Ips). Er behandelt die nordafrikanischen Felsmalereien, die Frobenius und Obermaier erstmalig vor zwei Jahren in einem großen Werk publizierten.

Einmal die Kunstform, die noch nicht stilisiert und den Realismus zeigt, der uns aus der frühesten Kunst bekannt ist. Es fehlt an Darstellungen von geschätzten Tieren und von Reitern (die dargestellten Tiere sind in Nordafrika ganz ausgestorben).

Und Abalon-Brünn hat Neues zur ältesten Menschheit zu sagen. Seit 1924 gründet er bei Unterwiesentisch in Mähren und abgesehen davon, daß er dort nach seiner Angabe das größte Mammutknochenlager der Welt bloßlegte, fand er Kunstwerke, Tier- und Menschenabbildungen, die er als paläolithisch anspricht.

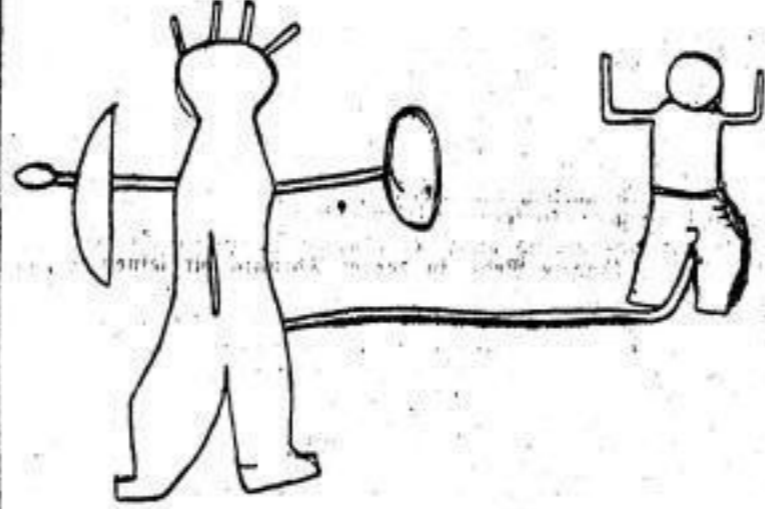
Man hat es oft genug gehört, bei den Wilden (= Naturvölkern) sei die Stellung der Frau sehr niedrig. Die Frau sei das Lasttier der sogenannten Familie, die Sklavin des Mannes.

eigene Frau hat bis heute fast immer bloß die Mühen und Strapazen der Reise (mannhaft!) ertragen! Bleichlich kommen wir durch eine genaue Beobachtung des primitiven Frauenlebens einmal zu wertvollen Ergebnissen.

Der katholische Missionar Gufunde, der mehrere Jahre bei den Feuerländern war, hielt auf dem Kölner Anthropologentag am 13. September einen Vortrag über die Stellung der Frau bei den Feuerländern, also einem verhältnismäßig primitiven Volk. Vor zwei Jahren bediente er in einem Referat, das er in Halle hielt, die Skandalien der zivilisierten Welt diesem Naturvolk gegenüber auf (worüber auch in der W. berichtet wurde).

Mit eleganten Formen schwang sich ein junger Dr. Trimbom, Bonn, am Katheder hin und her, ließ die Sache sprachen, klar und einwandfrei, und holte dennoch aus einem persönlichen Zug seiner eigenen Natur dauernden Schwung. Er behauptet Sklaverei für das alte Reich der Jura in Peru, jenes mythenreiche Land, dem man bis heute starke kommunistische Züge nachsagt.

Die überhaupt in deutschen Westen die Gegend eine größere Rolle spielt als in den mittel- und ostdeutschen Gebieten, ohne notwendig den Charakter der Klassifizierung zu haben (wie in den



Der Jäger und das Weib.

lehteren Gebieten) — zum Festmahl ist allerdings Smoting oder dunkler Anzug vorgezeichnet —, so war das auch an den Rednern des Kongresses bemerkbar.

Genosse Lips behandelte die Frage nach den Anfängen des Rechts an Grund und Boden bei den Naturvölkern. Ist bei den primitiven Völkern in Tasmanien, Australien, bei Bushmännern, Wedda, Semang und Senoi die Horde oder Kolonngruppe das Rechtssubjekt irgendwelcher Eigentumsrechte an Grund und Boden (d. h. Eigentümern) oder ist es das Individuum oder die Familie? Lips stellt das Familien- oder Individualigentumsrecht als höchstes Repräsentationsrecht hin.

Die Eigentumsverhältnisse verstehen sich, es treten Differenzierungen der Rechtsbegriffe an Grund und Boden ein bei den von Lips so genannten „Erntevölkern“. Dies sind nicht mehr reine Jäger und Sammler, sondern mit Bedacht erntende Völker, ohne Bodenbauer zu sein.

Die Eigentumsverhältnisse verstehen sich, es treten Differenzierungen der Rechtsbegriffe an Grund und Boden ein bei den von Lips so genannten „Erntevölkern“. Dies sind nicht mehr reine Jäger und Sammler, sondern mit Bedacht erntende Völker, ohne Bodenbauer zu sein.

Kinnschau.

Dem abenteuerlichen Film Sif, das Weib, das den Mord beging, darf man unter den bisher gezeigten Abenteuerfilmen einen guten Platz einräumen, obwohl es ihm an Schwächen keineswegs mangelt.

Schluss wegen — banal, wenn auch denkbar, aufgestellt wird. Trotzdem man so und auch an einigen anderen Stellen mehr oder weniger hart den Riß streift, bleibt der Film durch maßvolle Darstellung (Wegener, Grete Mosheim u. a.), durchdachte Regie und vernünftigen Text auf relativ beachtlicher Höhe und macht mit einigen leicht sozialistischen Andeutungen (Korrekturen, gutgesehene Wohlthatigkeitsstippen, Waffner gegen Mord usw.) manches wieder gut. (Emella.)

In dem lebhaftigen, langatmigen Lustspiel Kaufhaus Pleite, einer mit Schweiß erregten Erbschaftsgeschichte, die immerhin ein paar launige Einfälle aufzuweisen hat, bemüht sich Regina Denny um die Erhellung seiner Gemeinde. Es gelingt ihm und seinen beiden Assistenten schlecht und recht.

Wachmeister Anton.

Etwas zehn Jahre vor dem Krieg hat der Leipziger Schriftsteller Beyerlein das Japanstreich-Stück geschrieben, und um die gleiche Zeit den Roman „Jena oder Sedan“. Nur durch diese beiden Arbeiten, obwohl er sonst noch eine ganze Menge drucken ließ, ist sein Name bekannt geworden, ein Name, den er seiner äußerlich zähmen, im Grund sogar liebevollen Kritik am preussisch-deutschen Militarismus verdankt.

Sicher also ist der Japanstreich wirklich. Das Publikum schwankt zwischen Klugheitsstränen, Kaiserhochrufen und Knall-effekten wohnig hin und her. Der Gerichtsakt ist mit beachtlicher Gewandtheit auf Spannung, bis es nicht mehr weiter geht, geschraubt, in zwei Akten werden Säbel gezogen und im letzten wird lange mit dem Revolver gefaselt, worauf es dann zum Schluss noch einen ganz überflüssigen, aber wirklich schönen Mord gibt.

Damit kommt man aber auch auf den Kardinalfehler des Stückes, der zugleich ein Kardinalfehler seiner Entstehungszeit war und darum immer noch beachtenswert ist, auf seine erotische Verlogenheit. Eines Wachmeisters Tochter hat mit einem adligen Leutnant ein Verhältnis gehabt, das ohne Folgen blieb, von dem nur durch unglücklichen Zufall eine Anzahl von Menschen andeutungsweise Kenntnis erfuhr.

So ein Militärstück mit großer Gerichtshöhe und allerhand gefährlichen Werkzeugen spielt sich ja beinahe von selbst. Man muß freilich zugeben, daß es unter Wajagos Leitung auch gut und naturallistisch sauber dargestellt wurde. Der Stärkste war wieder Georg August Koch, dessen alter Klauenbar vor Gericht zum Greise verfiel, um sich dann wieder vor dem kleinen Leutnant zu einer gar nicht delaminierten Empörung aufzuwerfen, in der wirklich etwas von proletarischer Erhebung zu großen sehen.

Altes Theater. In der Uraufführung von Hans Alfred Kohns Komödie „Jenny feigt empor“, Mittwoch, den 21. September, sind in Hauptrollen beschäftigt die Damen: Lina Carstens, Grete Scheer, Marie Schippang, Lisa Helmig und die Herren: Siebel, Mehn, Dypen, Reife-Göt, Langewisch, Thoren, Schlegeler.

Neues Theater. Sonntag, den 25. September, zu kleinen Preisen die Oper „Marta“.

Theatergemeinde Leipziger Schauspielhaus. Die Jahreskarten für die neue Spielzeit liegen im Bureau der Theatergemeinde zur Abholung bereit. Der erste Spielabschnitt läuft am 21. September ab. Etwasige Rückstände der alten Jahreskarte sind gleichfalls jetzt einzulösen, und zwar spätestens bis zum 30. September.



Was kann ich dagegen tun?

Im juristischen Ratgeber einer bürgerlichen Zeitung stand vor einigen Tagen folgende Frage:

D. Sch. Frage: In meinem Hause wohnt eine Handschuhnäherin, deren Maschine durch einen Motor getrieben wird, so daß ein unangenehmes heulendes Geräusch verursacht wird. Die Frau fängt 1/2 6 Uhr an und arbeitet bis spätestens 23 und auch 24 Uhr, so daß ich mit meiner Familie in der Nachtruhe gestört werde. Was kann ich dagegen tun?

Was für Not und Sorge, wieviel soziales Elend verbirgt sich hinter dieser Frage.

Da sitzt eine Frau 17 bis 18 Stunden an der Maschine und näht für ein paar Groschen täglich Handschuhe. Hunger und Sorge treiben sie an. Vor Müdigkeit kann sie sich kaum noch halten und doch muß sie die erforderliche Stückzahl fertigmachen. Ihr armseliger Verdienst ist genau berechnet, reicht aber trotzdem nicht, sich das Nötigste zu schaffen. Da ist Miete, Licht und Heizung, viel leicht auch noch Maschine und Motor zu bezahlen. Die Kinder und sich selbst zu bekümmern und dann der Hunger, der Hunger! — So sitzt sie tagtäglich an der Maschine, kennt keinen Sonntag und Feiertag, muß nebenbei noch die häuslichen Arbeiten verrichten und sinkt spät nachts ins Bett, um dann am nächsten frühen Morgen wieder ihre Frau zu beginnen. Dabei lebt sie in einer Republik, wo in der Reichsverfassung der Artikel 157 lautet: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reiches.“ Jedoch das Reich fragt nicht danach. So wird sie ausgebeutet bis aufs Letzte.

Da wohnt in ihrem Hause ein Spieler, der sich 1/2 6 Uhr und 23 Uhr in seiner Nachtruhe gestört fühlt, die Frau arbeitet, um ihr armseliges Brot zu verdienen. Er fragt in seiner Zeitung an, was er dagegen unternehmen kann. Die Zeitung sagt ihm verschiedene Paragraphen und Verordnungen her, aus der er versteht, daß er deswegen bei der Polizei Anzeige erstatten kann. Die Anzeige wird dann auch prompt erstattet. Die Polizei verhandelt nun mit dem Unternehmer der Heimarbeiterin und verlangt, daß er seiner Heimarbeiterin einen guten und angemessenen Lohn zahlen soll, damit die Frau dann nur noch acht Stunden zu arbeiten braucht und niemand in seiner Nachtruhe gestört wird.

Doch halt, nein, das wird die Polizei nicht machen, sondern sie verbietet der Frau, nicht vor sieben Uhr anzufangen und nicht länger als bis 22 Uhr zu arbeiten. Ob sie dann noch mit ihren paar Pfennigen auskommt, ist gleich, danach wird nicht gefragt.

Doch eines Tages wird die Polizei nochmals in Anspruch genommen. Aus der Wohnung der Heimarbeiterin riecht es nach Gas. Als die Wohnung geöffnet wird, liegt die Frau mit ihrem Kinde gasvergiftet in der Stube. Der Polizist meldet dann: „In der Straße wurde Frau V. mit ihren Kindern gasvergiftet aufgefunden. Als Grund zur Tat werden Nahrungsorgen angenommen.“

Die Frage: „Was kann ich dagegen tun?“, sollte sich jeder Proletarier ernsthaft überlegen. Nicht nach dem rechtlichen Standpunkt darf hier gefragt werden, sondern nach zeit menschlichem Ermessen muß gehandelt werden. Das wäre, daß man diese Volksgenossen aufführt, ihnen mit Rat und Tat zur Seite steht. Die Sorgen, Mühe und Arbeit, die diese Frau durchgemacht hat, steht jedem Arbeiter täglich und stündlich bevor. Dagegen gibt es nur eins, dieser Ausbeutung erfolgreich entgegenzutreten. Schließt euch fest zusammen in eurer gewerkschaftlichen Organisation, getreu dem Wahlspruch: „Vereint steht man, vereint siegt man!“

Wenn das jeder einzelne begriffen hat, dann können solche Fälle nicht mehr vorkommen. Kofra.

Warrer D. Mumm spricht!

Von den Waffen des Geistes und den Wosaunen von Jericho.

Der Ev.-Luth. Schulverein hat am Sonnabend und Sonntag hier in Leipzig seine 18. Hauptversammlung abgehalten. Im Mittelpunkt seiner Tagung stand die Stellungnahme zum Reichsschulgesehntwurf. Die öffentliche Versammlung am Sonnabend war ausverkauft mit Begrüßungsansprachen, für die nicht weniger als drei Redner sich das Bibelwort „Suchet der Stadt Bestes!“ zum Motto gewählt hatten. Für die am Sonntagabend im Gemeinshaus in der Seidenstraße abgehaltene Versammlung hatte man den Einseitigkeit des Reichsschulgesehntwurfes aus den Reihen der deutschnationalen Volkspartei, Warrer D. Mumm, für das Referat gewonnen. — Obwohl die Zeitungen schon tagelang vorher zu dieser Versammlung eingeladen hatten, war doch der Zutritt von christlicher Seite recht gering. Dafür aber hatten im „Gemeinshaus“-Saal etwa 400 Vertreter der weltlichen Schule Platz genommen, die sich neben den etwa 200 Vertretern des Ev.-Luth. Schulvereins durchaus wohl fühlten, trotz der „christlichen“ Schimpfnamen, wie „Rotes Paß“, die „verfluchten roten“ usw., mit denen wir belegt wurden. Freilich machte sich schon während des Referates starker Widerspruch gegen die Ausführungen des deutschnationalen Warrers bemerkbar. Der springende Punkt bei der ganzen christlichen Elternbewegung ist: den Ausschlag geben die Leute, die selber nicht in der Volksschule gelesenen haben, und die absolut nichts dagegen haben, daß die höhere (1.) Schule Gemeinshaus ist und bleibt. Und die Zuhörer im Schulverein sind ältere Damen (teilweise schon sehr alt); Eltern, die keine Kinder mehr in der Schule haben; verärgerte Lehrer; manchmal auch Lehrerinnen, die religiös veranlagt sind, und kirchliche Kreise, die zwar an allem möglichem, nur aber nicht am Kinde und an der Volksschule und ihrer Zukunft ein Interesse haben.

Es soll hier nicht auf die einzelnen Ausführungen des D. Mumm, sondern nur auf ein Argument aus seiner Rede eingegangen werden. Er meinte, wir, seine Gegner, müßten unseren „geistigen“ Waffen nicht allzuviel zutrauen, sonst würden wir die sich aus dem Entwurf ergebenden Kosten für den Neubau von Schulen und die Neueinrichtungen derselben nicht immer so in den Vordergrund rücken! Herr D. Mumm, Sie irren! Herr D. Mumm, Sie wissen nicht, wie ein Lehrer kämpfen muß, um ein paar Pfennige für seinen Unterricht in der Klasse zu erhalten; Sie wissen nicht, daß für den Arbeitsunterricht in den Unterrichtsstunden der Leipziger Volksschulen ganze 4 M. jährlich zur Verfügung stehen, für die man nicht die Pfahlsäule kaufen kann, die man in einer Unterklasse braucht! Herr D. Mumm, Sie wissen nicht, was es heißt, in jeder

Stunde als „Wanderklasse“ in ein anderes Zimmer ziehen zu müssen, weil die Stadt kein Geld hat, neue Schulgebäude zu bauen! Sie wissen nicht, daß es in Preußen viele, viele Klassen gibt mit mehr als 60 und 70 Kindern, die teilweise auf den Fensterbänken arbeiten müssen, weil der Staat kein Geld hat, 40.000 stellungslose Junglehrer anzustellen und kein Geld, um neue Schulzimmer zu bauen! Sie scheinen vergessen zu haben, Herr D. Mumm, daß bei der Verabschiedung des diesjährigen Etats im Reichstage Sie selber es waren, der in den Sitzungssaal hineintrief: „Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe...“ müßte man die 2 1/2 Millionen Mark Unterstützung für die preußischen stellungslosen Junglehrer streichen. Wissen Sie auch nicht, daß mit Zustimmung Ihrer Partei

1. der Reichstag die 50 Millionen Mark zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aus dem Etat gestrichen hat?

2. daß der Reichstag 5 Millionen Mark abgelehnt hat, die eingeleitet waren zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung menschlicher Krankheiten?

3. daß der Reichstag die Erhöhung des Postens zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit von 240.000 M. auf 1 Million nicht bewilligt hat?

Das ist mit Zustimmung Ihrer Partei geschehen, Herr Warrer! Und jetzt mit einem Male will Ihre Partei die Hunderte von Millionen aufbringen, die die Zerstückelung der Volksschule kosten wird?! — Haben Sie einmal etwas von der Wohnungsnot gehört, die zu Kindern das Reich keine Mittel zur Verfügung hat? Wissen Sie, Herr D. Mumm, daß Ihnen, nahestehende Kreise als „Dank des Vaterlandes“ jetzt für die Kriegsbeschädigten betteln gehen, und dazu den Namen des Reichspräsidenten mißbrauchen? Und außerdem, Herr D. Mumm: es ist leicht, dem Gegner vorzuwerfen, daß er seinen „geistigen Waffen“ nicht traut, wenn man weiß: der Gegner wird heute abend sowieso mundtot gemacht werden!

Man muß schon sagen: Die „christliche“ Regie hatte es am Sonntag sein verstanden, den geistigen Waffen des Gegners aus dem Wege zu gehen! Obwohl im Referat eine ganze Reihe Dinge gesagt wurden, die starken Widerspruch fanden, und obwohl der Leiter des Abends sich nicht scheute, den Gegner der Verleumdung zu beschuldigen, gab es keine Möglichkeit, gegen diese Beschuldigung Stellung zu nehmen. Als das Wort begehrt wurde, forderte der Leiter dieser öffentlichen Versammlung mit „christlicher“ Geschäftsordnung den anwesenden Posaunenchor auf, das Lied „Ein feste Burg...“ zu spielen. Gegen christliche Posaunen aber nützen selbst die „Waffen des Geistes“ nichts! Selbst die des Herrn D. Mumm würden da überflüssig werden! — Um so eindrucksvoller war es, als über zwei Drittel der Versammlung daraufhin den Saal verließen und sich dabei herausstellte, daß die große „Rundgebung des Ev.-Luth. Schulvereins“ zum größten Teile von Lehrgängern der weltlichen Schule besucht war. Draußen auf der Treppe aber ertönte das protestantische Betsingspiel der Internationale, und das verdammt selbst die „Posaunen von Jericho“ nicht zu überbieten! „Wer sich mit anderen Waffen verteidigt, als mit den Waffen des Geistes, der beweist damit, daß ihm die Waffen des Geistes ausgegangen sind!“ — Dies wollen wir allen den Mummis und allen den Vertretern des Schulvereins mit auf die Heimreise geben! Herr D. Mumm hat unsere „Waffen des Geistes“ verächtlich zu machen gesucht: Hoffen wir, daß er nicht vergißt, daß nicht wir, sondern seine Freunde die Posaunenbläser zum „Niederblasen“ des Gegners bestellt hatten! Und hoffen wir, daß man uns einmal von christlicher Seite aus Gelegenheit geben wird, unsere „Waffen des Geistes“ zu gebrauchen!

Wir werden keine Posaunenbläser mitbringen!

Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes.

Der Verkehr vor dem Hauptbahnhof hat sich in den letzten Jahren so verdichtet, daß ernstlich daran gedacht werden muß, ihm auch den notwendigen Platz zu geben. Dabei ist aber darauf zu achten, daß die Grünflächen nicht verliert, sondern in vollem Umfang erhalten bleiben. Das Leipziger Verkehrsamt hat sich daher schon seit langem mit der Frage der Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes beschäftigt. Die Arbeiten sind jetzt bis zur Aufstellung eines Planes gediehen. Dieser Plan hat auch schon die Zustimmung der zuständigen Ausschüsse der Stadtverordneten und des Rates sowie die Zustimmung des Polizeipräsidenten erfahren, so daß in Kürze eine entsprechende Vorlage an Gesamtrat und Stadtverordnete zu erwarten ist. Nach dem Projekt soll, um den Straßenbahnverkehr an dieser von vielen Linien befahrenen Stelle schnell vorüberzulassen, die Straßenbahn auf eigenem Bahnkörper mit vier Gleisen durchgeführt werden. Links und rechts vom Straßenbahnkörper werden die Fußstraßen für Kraftwagen, Pferdegespanne, Radfahrer usw. angelegt. Der Verkehr aus der Wintergartenstraße führt zwischen Straßenbahn und Bahnhofstraße, der Verkehr vom Tröndlinting zwischen Grünanlagen und Straßenbahn hindurch. Damit die Fußgänger nach dem Verlassen der Bahnhofsvorhalle nicht die Fußstraße zu überschreiten brauchen, was in den Hauptverkehrsstunden zu mancherlei Störungen oder gar zu Unfällen führen könnte, ist vor den beiden Hauptausgängen je eine Tunnelanlage geplant, die unmittelbar vor dem Ausgang ihren Anfang und sowohl an den vor dem Bahnhof gelegenen Straßenbahnhaltestellen als auch hinter dem Fußsteig längs der Grünanlagen Ausgänge haben. Damit ist den Fußgängern die Möglichkeit gegeben, ohne jede Gefahr den Verkehrstrom zu kreuzen und dieser Gefahr nicht durch die Fußgänger Unterbrechungen und Verzögerungen.

Um dem Publikum den Austritt aus dem Bahnhof sowie den Zugang zu den Bahnhofshallen möglichst frei zu gestalten, soll die Haltestelle für Personenzüge nach den Seitenausgängen der Bahnhofsvorhallen verlegt werden. Das Verkehrsamt sowohl als die Ausschüsse, die sich mit dem ganzen Projekt befaßt haben, sind der Auffassung, daß bei der architektonischen Ausbildung unseres Hauptbahnhofes nicht das Gefühl erweckt werden kann, als ob die Fahrgäste eines Wagens in einem Winkel des Hauptbahnhofes abgesetzt würden. Damit dürften sie recht haben. Zu wünschen wäre, daß nunmehr die Arbeiten selbst recht bald in Angriff genommen und zu Ende geführt werden.

Eiweiß in Milch, Brot und Fleisch.

Gut drei Liter Milch enthalten bereits 100 Gramm Eiweiß — und diese kosten 1 Mark. Das Eiweiß, eines der wichtigsten Nährstoffe, kostet im Fleisch wesentlich mehr. Natürlich ist Eiweiß nicht

Advertisement for milk and meat products. Text: 'In der Milch kauft man das Eiweiß billiger als im Fleisch.' Price list: 100g Eiweiß kosten: MILCH 1, ROGGENBROT 1, SCHWEINEFLEISCH 2, RINDFLEISCH 2, KALBFLEISCH 2.50. Includes an illustration of a woman with a child.

der allein erforderliche Bestandteil unserer Nahrung. Aber sicher ist Milch einer der besten und relativ billigsten Eiweißlieferanten, weshalb auch von Gemeinde wegen alles getan werden sollte, sie in bester Qualität zu möglichst niedrigen Preisen und in ausreichender Menge an die Bevölkerung heranzubringen.

Eine gefährliche Verkehrsstelle.

Eine für den Verkehr, insbesondere aber für die Fußgänger, gefährliche Stelle befindet sich in der Reichenhainer Straße vor dem Gelände der Technischen Messe. Besonders zu besorgen ist dort der Verkehr für Straßenpassanten geradezu lebensgefährlich. Die Straße ist viel zu schmal, was sich aber infolge der Bebauung vorläufig nicht ändern läßt. Lange wird es aber schon als ein Mangel empfunden, daß die Fahrbahn der Reichenhainer Straße zwischen Bahnüberführung und Kregelstraße nicht breit genug ist, was durch den dort befindlichen Radfahrweg noch verschlimmert wird. Der Rat unterbreitet nun den Stadtverordneten eine Vorlage, nach der die Verkehrsschwierigkeiten zunächst so weit wie möglich beseitigt werden sollen. Hiernach soll der 2 bzw. 3 Meter breite Radfahrweg auf der Ostseite der Reichenhainer Straße von der Kregelstraße bis zur Bahnüberführung entzogen, die hierdurch freiwerdende Fläche zur Fahrbahn geschlagen und in 55 Zentimeter Breite unmittelbar entlang dem Fußweg mit Schandsteinen als Radfahrstreifen, die restliche Fläche mit kostierten Steinen befestigt werden. Gleichzeitig sollen die Verkehrsinseln unter Verdrückung der Straßenbahngleise nach Westen ebenfalls verdrückt und verbreitert werden. Von der Umlegung eines Radfahrstreifens auf der Westseite der Reichenhainer Straße soll zur Zeit abgesehen werden. Wir halten es im Interesse des radfahrenden Publikums für notwendig, daß auch dieser Radfahrstreifen jetzt gleich mit angelegt wird.

Päpstlicher als der Papst.

An der 35. Volksschule in Gohlis, Pariser Straße, veranstaltet die Lehrerschaft am 20. September, 20 Uhr, eine Versammlung, in welcher über das Reichsschulgesehntwurf gesprochen werden soll. Der Vertreter der Lehrerschaft gab in einer Sitzung des Elternrates dieses bekannt und bittet um Unterstützung durch den Elternrat. Ja, wenn die christlichen Elternräte nicht wären, könnte man wohl annehmen, daß die Lehrerschaft die Unterstützung des Elternrates hätte, aber weil eine christliche Mehrheit im Elternrat besteht, wurde mit dieser Mehrheit die Unterstützung abgelehnt. Zur Begründung führte der Vorsitzende, christlicher Fraktion, an, es müßte mit allen Mitteln verhindert werden, daß der Streik in die Schule getragen würde, auch wäre die Elternversammlung noch nicht reif, in einer Versammlung solche Fragen leidenschaftlos zu klären. Im übrigen bedauerte er, daß es kein Mittel gäbe, die Versammlung ganz zu unterbinden. Anschließend haben die christlichen Vertreter an der 35. Volksschule das Reichsschulgesehntwurf nicht gelesen oder nicht verstanden, denn sonst müßten auch sie sehen, welcher Kampf erst durch dieses Gesetz um die Schule heraufbeschworen bzw. in die Schule hineingetragen wird. Was ist diesen Leuten auch die Volksschule, nach vier Jahren überführen sie ihre Kinder zum großen Teil in die höheren Schulen und die Kinder der Minderbemittelten überlassen sie den Waffen. Die weltlichen Mitglieder im Elternrat unterstützen die Verammlung der Lehrerschaft und drängen alle Eltern auf, sich ihnen anzuschließen und nicht den Mummis zu folgen, die die Aufklärung über den Gesehntwurf scheuen.

Die Demokratie in der Fürsorgeverwaltung.

Die Denkschrift des Leipziger Rates über die Dezentralisation des Fürsorgewesens hat in den Kreisen der Fürsorgepfleger schwere Bedenken hervorgerufen, da man allgemein fürchtet, das bisherige Mitbestimmungsrecht der Pfleger solle eingeschränkt oder gar ausgeschlossen werden und statt eines Ausbaues solle eine Bureaucratifizierung der städtischen Fürsorge eintreten. Die Sozialdemokratie wird ganz selbstverständlich eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes niemals zulassen, sondern mit allen Kräften eine Verbesserung herbeizuführen suchen. — Unsere Genossen und Genossinnen werden aber mit Freunden die Gelegenheit wahrzunehmen, sich einmal über die grundsätzliche Stellung der Partei zur Demokratisierung und Selbstverwaltung zu informieren. Deshalb werden gerade unsere Fürsorgepfleger das Referat des Genossen Dr. Karl Herz über dieses Thema in der Mitgliederversammlung von Groß-Leipzig am Freitag mit besonderem Interesse hören. — Diese Mitgliederversammlung ist für die prinzipielle Stellung der Partei von solcher Bedeutung, daß keiner unserer Funktionäre fehlen darf.

Warnung vor einem Geldfahndschwindler.

In den letzten Tagen ist hier ein Betrüger aufgetreten. Er stellt sich als Dr. Henningsen oder Dr. Hennig vor und gibt an, beauftragt zu sein, Geldbeträge für die Studentenblisse in Köln oder für verarmte Studenten zu sammeln. Hierbei erzählt er geschwäteweise, daß sein Vater Universitätsprofessor sei. Auch beschuldigt er, nach Afrika überzuseheln. Er fordert Geldbeträge von 20 bis 50 Mark, die er auch zum Teil erhalten hat. Den Geschädigten übergibt er ein Buch im gelben Umschlag, betitelt: „Eine notwendige Operation“. Der Betrüger ist etwa 24 bis 26 Jahre alt, 1,65 Meter groß, schlant, artlos, hat längliches, ovales Gesicht, blaue Gesichtsfarbe, dunkelbraunes, lockiges, ungeschichtetes Haar, dunkle Augen, gerade Nase, vollständige Zähne, spricht hochdeutsch, trägt dunkelbraunen Anzug und irrt sehr gewandt und sicher auf. Vor ihm wird nachdrücklich gewarnt. Beim Wiederauftreten lasse man ihn festnehmen.

Kindesmord oder Todgeburt.

Auf dem Verbindungsweg zwischen Kaiser-Friedrich-Straße und Friedrich-Karl-Straße wurde heute morgen eine Kindesleiche gefunden. Posaunen fanden einen braunen, blutdurchtränkten Karton, der bereits geöffnet war. Neben dem Karton lag ein ebenfalls stark blutdurchtränktes Damenhemd und in dieses eingeschlagen eine Kindesleiche. Das Kind ist kräftig entwickelt gewesen. Ob es sich um eine Todgeburt handelt oder ob das Kind getötet hat und getötet worden ist, muß die Untersuchung noch erst ergeben.

Eine Kindesleiche im Koffer.

Am 17. September, gegen 14 Uhr, wurde von einem Spaziergänger im hinteren Rosental, nahe bei der Klaraanlage, ein Damenhandkoffer mit der Leiche eines ausgetragenen, neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts gefunden. Der Koffer ist aus brauner Wollwolle, 27x30x14 groß; die Eden sind mit gelben starken Leder belegt. An der oberen Handgrieffseite befinden sich zwei Messinghaken und ein lederner Handgrieff. In dem Koffer befand sich außer der Kindesleiche ein blutdurchtränkter weißer Rappen. Die Kindesleiche wurde dem Institut für gerichtliche Medizin übergeben. Wahrnehmungen, die zur Ermittlung der Mutter des Kindes führen können, wolle man dem Kriminalamt mitteilen.

Nicht von der Straßenbahn springen. Am Sonntag, in der 14. Stunde, ist ein etwa sieben Jahre altes Mädchen aus Leipzig-Deußlich in der Gundorfer Straße in Leipzig-Lindenau von der vorderen Plattform eines in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens abgesprungen. Es erlitt einen Schädelbruch und mußte nach dem Diakonissenhaus gebracht werden.

In die Straßenbahn gelaufen. Heute früh gegen 8 Uhr, rannte das 5 Jahre alte Töchterchen des Universitätsbeamten R. in Stötteritz, Balleidowstraße wohnhaft, in die Straßenbahn, wurde erfaßt, und nach der Seite geschleudert. Das Kind erlitt leichte Verletzungen im Gesicht und am rechten Oberschenkel. Nur der Geistesgegenwart des Straßenbahnführers ist es zu verdanken, daß ein größeres Unglück verhindert wurde.

Fliegeln Deutsche Turner. Zu der unter dieser Ueberschrift erscheinenden Notiz schreibt uns der Allgemeine Turnverein Leipzig-Anger-Cottendorf, daß nach von der Polizei erhaltener Aufklärung zwei junge Männer in Frage kommen, die keine Mitglieder des

Wo ruft die Pflicht?

Engerer Bezirksvorstand.

Dienstag, den 20. September, abends 17 Uhr, Sitzung des engeren Bezirksvorstandes im Volkshaus, Zimmer 8.

Erweiterter Bezirksvorstand.

Dienstag, den 20. September, abends 18 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes. Pünktlich erscheinen!

Bezirksvorstand der SPD, Leipzig, J. A.: Schröder.

Funktionäre.

Thonberg-Neureuditz. Parteigenossen, sozialistische Freidenker, Elternräte, Dienstag, den 20. September, 17.30-19 Uhr, Flugblätterausgabe in der Bibliothek, Söltericher Straße 17.

Sten. Agitations- und Zeitungskommission. Mittwoch, den 21. September, 20 Uhr, in der Bibliothek, wichtige Sitzung.

Gohlis, Heute. 19.30 Uhr, vor dem Bezirk kurze Funktionärsführung im Rickenauschauf. Stellungnahme zu einer Wahl.

Alt-Weipzig. Heute Montag, 20 Uhr, im Volkshaus, Vikaratsaal, wichtige Funktionärsführung.

Frauen.

Raunsdorf. Mittwoch, 21. September, 20 Uhr, bei Däberitz Vortrag des Gen. Züh, „Geschichte Leipzigs“.

Plagwitz-Vindenhau-Schleußig. Montag, 19. September, 20 Uhr, in Schloß Lindenfels, Vortrag der Genossin Hammermeister: „Unfreiwillige Mutterschaft, S. 218/219“.

Gohlis. Dienstag, 20. September, 20 Uhr, im Rickenauschauf, Vortrag des Gen. Diehe über Arbeitshygiene mit Lichtbildern.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Groß-Weipzig. Lieberhor. Heute, 19.30 Uhr, im Zoo, Probe. Jeder muß das Volksliederbuch und die Harmonielehre mitbringen.

Jungsozialisten.

Vindenhau. Nicht Mittwoch, sondern heute, 19.30 Uhr, Gruppenabend. Diskussion über politische Tagesfragen. Restaurant Stadt Altenburg, Vindenhauer Markt. Gäste herzlich willkommen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ableitung 1. Morgen Dienstag, Abteilungs-, Zug- und Gruppenführerführung, 20 Uhr, Posthornchen, Querstraße.

Vereins sind. Eine Schlagballmannschaft des Vereins und auch nicht das Ende einer Verammlung komme in Betracht, da die letztere erst um die Zeit des geschiederten Vorfalles beginne.

Zeugen gesucht! Sanitätsrat Mehnert, Leipzig, Ref.-Inst.-Regiment 133, 11. Komp., wird als Zeuge gesucht. Der Gefreite Richard Strobel vom Ref.-Inst.-Regt. 133, 11. Komp., ist am 1. August 1917 bei Bergang verhaftet worden. Wegen Durchführung seiner Versorgungsansprüche benötigten wir obengenannten Zeugen. Wir bitten gegebenenfalls um die Adresse desselben, Porto und Auslagen werden vergütet. — Gauleitung des Internationalen Bundes Leipzig, Härtelstr. 25, I.

Strahensperrungen. Ab Montag, dem 19. September, wird die Volksgartenstraße zwischen der Löbauer und der Torgauer Straße für allen Fahrverkehr während der etwa drei Wochen dauernden Neuschüttung gesperrt. — Ferner wird vom gleichen Tage an die Burgener Straße zwischen der Lilien- und der Torgauer Straße für den durchgehenden Fahrverkehr in beiden Richtungen während der etwa sechs Wochen dauernden Schließbauarbeiten gesperrt. Der Straßenbahnverkehr wird nach beiden Richtungen aufrechterhalten.

Elternabend. 41. Volksschule. Montag, den 19. September, 19.30 Uhr, im Schulsaal. Der Reichsschulgesehntwurf, Herr Adler.

Zum Besten der Ferienkinder findet am Mittwoch, 20. Uhr, im Festsaal, Neues Rathaus, ein Wohltätigkeitskonzert statt. Erwahrene 1 Mark, Schüler 50 Pfennig.

Russische Sprachkurse. Vom Volkshausamt wird mitgeteilt: Soeben hat ein russischer Sprachkurs für Anfänger im Frauenseminar, Königsstr. 20, Zimmer 26 (Dienstag von 19-21 Uhr) begonnen. Es können noch einige Teilnehmer aufgenommen werden. Gebühr monatlich 1 Mark; für Erwerbistole ist die Teilnahme unentgeltlich. Die Anmeldung erfolgt im Kursus. (Leitung: Th. Kieß.) Ebenfalls können noch einige Teilnehmer mit Vorkenntnissen in dem russischen Sprachkurs für Fortgeschrittene (Freitag von 19-21 Uhr), Frauenseminar, Königsstr. 20, Zimmer 26, aufgenommen werden. Anmeldung ebenfalls im Kursus.

Polizeinachtichten

Der fliehende Einbrecher. In der Nacht zum 18. September wurde in eine Wohnung im 1. Stock eines Grundstücks der Karl-Tauchnitz-Straße eingebrochen. Der Täter ist nach Uebersteigen der eisernen Umzäunung des Grundstücks in den Garten gelangt. Hier ist er auf einen Kastanienbaum, der an der Hinterfront des Hauses steht, geklettert, und von diesem auf das Dach der Veranda gestiegen. Von hier aus ist er durch ein offenes Fenster in ein Zimmer eingestiegen, in dem eine Kinderpflegerin schlief. Durch dieses Zimmer ist er, ohne daß die Schläferin erwachte, in die übrigen Räume der Wohnung eingedrungen und hat hier silberne Gegenstände im Gesamtwerte von etwa 800-1000 Mk. gestohlen. Wer sachdienliche Angaben zu seiner Ermittlung machen kann, wird gebeten, dies beim Kriminalamt zu tun.

Warnung vor einer Einmiedeliehn. Vor einiger Zeit mietete sich bei einer Rentnerin in der Plauenischen Straße die 39 Jahre alte Witwensfrau Anna Kaufmann ein. Am 12. September hat sie die Wohnung heimlich verlassen unter Mitnahme folgender ihrer Logiswirtin gehöriger Sachen: Ein blaues neues Schottenfell, eine goldene Damenuhr mit weißem Zifferblatt und goldenen Ziffern, zwei goldene Brochen in Schleifenform, einen schwarzen Seidensack, etwa 1 1/2 Meter lang, mit rot-schwarzer Seite gefüttert, einen schwarzleinen Regenschirm mit gebogenem weißen Griff und 200 Mk. Bargeld. Die Diebin ist 1,50 bis 1,55 Meter groß, hat dunkles meliertes Haar, blaues längliches Gesicht, an der linken Seite der Oberlippe einen kleinen Vorderriss, spricht schlesische Mundart und ist meist mit schwarzem Mantel und braunem Sommerhut bekleidet. Beim Betreffen lasse man sie festnehmen.

Wegen vielfacher Diebstahle verhaftet. Vor einigen Tagen wurde in Alesia ein Mann festgenommen, der von einem Polizeibeamten beobachtet worden war, wie er in verdächtiger Weise in ein Hausgrundstück einbrang. In dem Festgenommenen wurde ein bereits wegen schweren Diebstahls mit Zuchthaus vorbestrafter, 29 Jahre alter Arbeiter aus Leipzig festgehalten. Er hat bis zum Mai d. J. in Leipzig gewohnt und dann seinen Wohnsitz nach Mittweida verlegt. Wie die von der Kriminalpolizei Leipzig in Alesia und Mittweida vorgenommenen Ermittlungen ergeben haben, reiste er von Zeit zu Zeit nach Leipzig, brach hier hauptsächlich in Herrengardenerohe- und Lebensmittelgeschäfte ein und fuhr am nächsten Tage mit der erlangten Diebesbeute nach Mittweida zurück. Es konnten ihm bisher 9 in Leipzig begangene Einbrüche nachgewiesen werden, zu denen er auch geständig ist. In seiner Wohnung in Mittweida wurden große Mengen Gegenstände, die aus Einbrüchen herrühren, gefunden. U. a. auch mehrere Fahrräder. Ein Teil der Fahrräder wurde wieder herbeigefahren und den Bestohlenen ausgehändigt. Zu welchen Diebstählen der Festgenommene nach in Betracht kommt, werden die weiteren kriminalpolizeilichen Ermittlungen ergeben.

Neue Heilstätte des Landesverbandes sächs. Krankenkassen.

Von Zwidau nach Aue führt eine Bahnlinie ins Erzgebirge, für die Herr Dorpmüller und seine Vorgänger bislang nicht viel übrig gehabt haben. Wie in der Postkutsche aus der seligen Unglückseligen Tage wird man lässlich gerüttelt und geschüttelt, ist man so vermessen, seinen armen Leis diesen irgendwo austrangierten Wagen und Lokomotiven anzuvertrauen, und auch das Tempo der Fahrt ist nicht viel schneller.

Und doch verdient gerade diese Bahnlinie zu allererst eine so stiefmütterliche Behandlung, denn sie stellt die einzige Verbindung zu einem Bade dar, das schon vielen Hunderten die verlorene Gesundheit wiedergegeben hat und in den letzten Jahren einen ganz ungeahnten Aufschwung erlebt hat: zum Radlumbade Oberschlema. In Niederschlema, der letzten Station vor Aue, muß man aus den Rumpelfahrten der Zwidauer Bahn in den Zug umsteigen, der die dort abweigende Strecke nach Schneeberg befährt. Auf den fünf Kilometern wird noch dreimal gehalten: im Radlumbad Oberschlema, in Schneeberg-Haltespunkt und endlich in Schneeberg-Neuhädel.

Denn nach Schneeberg wollen wir. Das ist ein altes Städtchen mit einem reizvollen Kirchenbau und mancherlei anderen Zeugen einstigen Reichtums. Vor Zeiten ist Schneeberg das Zentrum des erzgebirgischen Silberbergbaues gewesen. Als der Abbau dann nicht mehr lohnte, geriet es so langsam in Not, bis es zu einer Hochburg der Spitzenklöppelei wurde und dadurch einen neuen Aufschwung erlebte. Heute aber ist auch in den Klöppelstuben Grabesruhe. Da scheint es, als ob Schneeberg noch eine dritte Blüte erleben soll: durch die Nachbarschaft des aufblühenden Oberschlema, dem die eigenen Hüte zu eng werden und das sich darum über seine Grenzen hinaus ausdehnen muß.

Auf diesem schönen Stückchen Erde hat der Landesverband sächsischer Krankenkassen jetzt eine Heilstätte für seine Kranken geschaffen, wie sie idealer kaum gedacht werden kann.

An der Peripherie der Stadt, dort, wo sich der herrliche Götterpark dehnt, auf einem Hügel, der den Blick nach den nahen Bergen des Erzgebirges, auf die Wälder und Felder freigibt, ist die neue Heilstätte entstanden. 21 240 Quadratmeter ist das gesamte Areal groß; ein ganz respektables Gelände. Der Schwarzenberger Gartenarchitekt Hoffmann hat es in Wege, Rasenflächen, Plätze und Blumenbeete aufgeteilt, und das Auge folgt gern der ruhigen und beruhigenden Linienführung. Inmitten dieses Gartengeländes — zu dem man gelangt, wenn man von der Straße aus an einem schmutzen Spünerhäuschen vorbei ein paar Stufen hinanstiegen ist — liegt eintrudelsoll das Hauptgebäude, das von heute ab 120 Pflanzlingen Unterkunft geben wird. Es ist denkbar einfach gebaut, hell verputzt, mit dunklem Schieferdach und dunklem Schieferziegel, das obere — dritte — Stockwerk. Ueber der schönen, schweren Tür des Haupteingangs ist ein größerer Balkon, auf dem ein Erker ruht.

Tritt man in das Gebäude ein, so gelangt man zunächst in einen großen Raum für den Tagesausenthalt der Kranken. Dunkelgebeizte Eichenposten und Deckenbalken rahmen die in heller Farbe gehaltene Wand ein. Man fühlt sich sofort wohl hier. Ein herrlicher großer erzgebirgischer Kachelofen verstärkt noch das Gefühl des Zuhauseins. Im Erdgeschoss sind auch noch der anheimelnde Speiseraum, Aufenthaltsräume für Männer und Frauen, ein Schreibzimmer, ein Untersuchungszimmer, ein Zimmer für den Arzt, zwei Zimmer für die Schwestern, ein Verwaltungsraum und die moderne, hygienisch einwandfreie, saubere Küche untergebracht.

Im 1., 2. und 3. Stockwerk sind die Zimmer der Patienten. Und da muß man sagen: sie sind einfach wundervoll. Viel, viel schöner als in manchem teuren Sanatorium. Nicht daß sie nun kostbar eingetüchtelt wären. Nein, auch hier ist — wie bei allen Räu-

men — die Zweckbestimmung des Baues stark betont. Aber mit Hilfe der Farbe und wahrer Wunder des Bahnlackmachens geschaffen worden. In rot, in grün, in blau leuchten die Farbenstreifen, immer so abgetönt, daß sie dem Auge wohl tun. Ganz einfach sind auch die notwendigen Möbel in den Zimmern, die Betten, die Tische, Stühle und Nachtschränken; glatte Formen und glatter Lackanstrich. Dazu hat jedes Zimmer liegendes warmes und kaltes Wasser, Zentralheizung und elektrisches Licht. Ein glücklicher Gedanke war es, in den Korridoren für jedes Stockwerk einen anderen Farbton für die Türen zu wählen; da können sich auch die zerstreuten nicht so schnell verlaufen.

Im Keller des Gebäudes haben die Bäder, ein Massageraum, Puh- und Aufbewahrungsräume, die Wäscherei, eine Waschl- und Plättkuche, eine Rühranlage, Speisekammern und die Heizungskessel Platz gefunden.

Nicht vergessen sei schließlich die schöne Liegehalle mit einer großen Zahl Liegegestelle, die sich an der Südseite des Hauptgebäudes befindet. Auf den Glesberg ist von da der Blick gerichtet.

Den Bauentwurf hat die Dresdner Firma Rosow & Kühne geliefert und Herr Professor Kühne hatte auch die Oberleitung des Baues — der in den Maurerarbeiten von der Bauhütte in Aue, in den Zimmerarbeiten von der Firma Blochmann in Aue, in der Installation von der Firma Kühse & Söhne in Dresden und von einer Anzahl anderer Firmen ausgeführt wurde — in Händen. Man kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß in der gemeinschaftlichen Arbeit der verschiedenen Handwerke ein Musterbau entstanden ist.

Am Sonnabend mittag wurde die Schneeberger Heilstätte ihrer Bestimmung übergeben. Der Vorsitzende des Landesverbandes der sächsischen Krankenkassen, Stadtrat Gen. Kirchoff, Dresden, nahm den Schlüssel aus der Hand des Erbauers und sprach den flehigen Händen, die das Werk geschaffen haben, den Dank der sächsischen Krankenkassen aus. Er verwahrte sich in seiner Ansprache gegen die schweren Angriffe, die in letzter Zeit gegen die Kassen erhoben werden, und betonte, daß die neue Heilstätte besonders den rheumatischen, gicht-, schias- und nervenkranken Versicherten zugute kommen soll, denen eine Kur in dem nahen Oberschlema Heilung bringen kann. Mit einem eigenen Omnibus werden die Kranken zum Kurhaus in Oberschlema und zurück befördert. Auch vom Bahnhof Aue werden sie mit dem eigenen Wagen abgeholt und nach beendeter Kur wieder dorthin zurückgefahren. Letzten Endes sei es sparsamer, chronische Krankheiten durch Bäderkuren gründlich zu heilen, als immer und immer wieder mit halbem Erfolge an den Kranken herumzukurieren. Möge ein Strom des Segens von dem neuen Hause ausgehen, möge es recht vielen Arbeitern die Gesundheit und die Kraft wiedergeben, die ihr einziges Gut ist, und möge der Bau bald viel Nachahmung finden! So schloß der Redner.

Ein Rundgang, der von der Zweckmäßigkeit des Baues überzeugte, schloß sich an.

Die sächsischen Ortskrankenkassen haben gegenwärtig 1,6 Millionen Mitglieder zu betreuen.

Um die Kosten für die neue Heilstätte zu decken, haben die Mitglieder während der letzten vier Jahre 5 Pfennig Extrabeitrag gezahlt. Die Wirtschaftsministerien des Landes und des Reiches haben mit Darlehen geholfen.

Die neue Heilstätte in Schneeberg dient dem Wohle der Arbeiterkassen; möge es eine segensreiche Zukunft finden!

Die freien Schulgesellschaften in Dresden.

Die freie Schulbewegung, die sich vollkommen auf den Boden der Weltlichkeit des gesamten Schulwesens stellt, und damit in derselben Richtung tätig ist, wie die Sozialdemokratische Partei, hat auch in Sachsen festen Fuß gefaßt und stellt einen gleichberechtigten Vorposten im Kampf um die Freiheit der Schule. Die diesjährige Tagung stand, abgesehen natürlich von allen geschäftlichen Erledigungen, ganz besonders unter dem Eindruck des reichlichen Schulgeschehens. Deswegen mußte als erster wesentlicher Punkt auf der Tagesordnung selbstverständlich ein Protest gegen die beschlossene Anebelung der Schule durch die Kirche stehen. Eine starkbedachte öffentliche Versammlung im großen Saale des Volkshauses, in der Genosse Schulrat a. D. Kluge-Grimma an Hand der geschichtlichen Entwicklung die Frage beantwortete: Staats- oder Kirchenschule?, zeigte Einmütigkeit in seiner Ablehnung, und eine dahingehende Entschlieung fand einstimmige Annahme. Die Aussprache bekam dadurch eine eigentümliche Note, daß von gewisser Seite versucht wurde, politische Gesichtspunkte zu machen. Sehr vorsichtig wurde das zunächst der Kommunisten Schrapel, der sich aber doch im wesentlichen auf den Boden des Referenten stellte. Recht provokatorisch aber tat es als Sozialist die unvermeidliche Eva Büttner, die zwar sehr berechtigt aber ohne irgendwelcher Sachlichkeit angegriffen zu sein, auf den Mitgliederlang ausging. Es war dem Referenten nicht schwer, ihr, oft unter brüchendem Beifall des ganzen Hauses, ihre Unkenntnis und Demagogie nachzuweisen, so daß sie an diesem Abend keine Gefährde gemacht haben dürfte. Sie hat durch ihr ebenso unverständliches wie ungeschickliches Auftreten auch der freien Schulbewegung, der sie zu dienen vorgab, in Wirklichkeit keinen guten Dienst geleistet. Ganz einmütig war man aber in der Verammlung in der Ablehnung der Einmischung des katholischen Schulvereins und derzeitigen Reichsanzlers Marg in die sächsischen Schulverhältnisse, die er, obwohl er meist genügend darüber informiert sein kann, in Dortmund als „unhaltbar“ bezeichnete. Eine solche Feststellung entspricht weder den Tatsachen, noch dem „politischen Takt“, den ja gerade der Herr Reichsanzler von hohen Staatsbeamten fordert. Er, der sich zum Hofmeister des Genossen Höring aufwarf, hat selbst das geforderte Taktgefühl nicht besessen, als er sich diesen Angriff leistete, mit dem er sich mit den „evangelischen“ Elternvereinen in recht verdächtigem Einklang befindet.

Ein ästhetischer und sachlicher Mittelpunkt war am zweiten Tage der Vortrag der Genossin Anna Siemsen „Jena über Soziologie in der Schule“. Es soll nicht nur das Stoffliche Prinzip des überkommenen Kulturgesetzes, das sehr oft einen stark sozialen Charakter hat, den Unterricht bestimmen, sondern es soll anstatt einer Wertung eine Betrachtungsweise gepflegt werden, die das Werden der menschlichen Kultur in all ihren Formen zeigt und dadurch Verständnis auch für die weitere Entwicklung gewährt wird. Aber dies nicht in dem Sinne eines entfangungslosen Betrachtens, sondern in einer aktiven Beteiligung an der gesellschaftlichen Formung, um damit die neue weltliche Schule in den Dienst einer werdenden Gesellschaft einzugliedern. Und darum muß sich die Arbeiterschaft zu diesem Prinzip und der weltlichen Schule, die es verwirklichen will, bekennen.

Der inneren Ausgestaltung der Schule diente ebenso der Vortrag des Lehrers Forbrig Dresden, der den Entwurf zum Landeslehrplan zunächst eingehend darlegte und dann einer eingehenden Kritik unterzog, schließlich aber die weitergehenden Forderungen zum Ausdruck brachte, die die freien Schulgesellschaften bei dem Entsch eines neuen Landeslehrplans zu erheben haben. Sie fordern dabei neben größerer Freiheit in der Zielsetzung und der Stundenplanbehandlung und der Selbstverwaltung der Kinder, vor allem aber den soziologischen Unterbau für die gesamte Bildung.

Die Tagung hat dem fortschrittlichen Schulwillen wieder einen starken Anstoß gegeben. Es ist zu hoffen, daß er nachwirken wird. Die Arbeit der freien Schulgesellschaften liegt ja auch in der Richtung der sozialistischen Kulturbewegung, weswegen ein Zusammenarbeiten nicht nur zweckdienlich, sondern sogar notwendig ist.

Der dicke Bürgermeister.

Der Bürgermeister von Meßen, Dr. Kind, war's, der sich selbstig gefühlt hatte, weil unser Meßner Bruderblatt von diesem Stadtoberhaupt ein Bild gebracht hatte, das zwar sehr schön, dem Bürgermeister aber doch nicht schön genug war. Dieser schöne Mann klagte wegen Verleumdung. Er erreichte auch die Verurteilung des angeklagten verantwortlichen Redakteurs zu 50 Mark Geldstrafe. Zur Begründung dieses Urteils hatte der Amtsrichter ausgeführt, das Bild sei geeignet, Dr. Kind lächerlich zu machen; Dr. Kind sei auf dem Bild zu dick geworden, das Bild erwecke den Eindruck, als sei der Bürgermeister ein arroganter, sehr wohlbestellter Pfarrei!

Genosse Dornick hatte zwar vorgeschlagen, man solle einmal nachmessen, ob das Bild oder der Bürgermeister zu dick ist; darauf hatte sich aber der Richter nicht eingelassen.

Trotzdem war der verurteilte „Preßfeind“ der Meinung, das Bild sei für den schönen Mann schön genug, die Strafe sei daher ungerührt. So legte er Berufung gegen das Urteil ein, die am 12. September vor dem Landgericht in Dresden verhandelt wurde.

Zur richterlichen Entscheidung stand die Frage, ob eine reine Porträtkarikatur, wie sie heute zu Hunderten täglich in der Presse zu sehen sind, als Verleumdung aufgeführt werden kann. Das Dresdner Landgericht vernahm als Sachverständige Frau Professor Kühse Kollmich und den als Karikaturen-Sammler und -forscher bekannten Friedrich Wendel. Beide erklärten, daß eine reine Porträtkarikatur niemals als Verleumdung aufgeführt werden könnte. Das Dresdner Landgericht schloß sich dieser Aufforderung an und sprach den Angeklagten Domnick frei!

Nun hat der dicke Bürgermeister die gerichtliche Befreiung von der Straffreiheit der Verleumdung seines Leibesumfangs und seine lieben Mitmenschen haben etwas zu lachen! Das kommt davon, wenn man dick und auch noch eitel ist.

Dresden. Dampfessexplosion. In einer Bäckerei in der Fischhausstraße explodierte am Sonnabendmittag ein im Badofen eingebauter Dampfessel. Dabei stürzte die Vorderwand des Badofens ein und begrub den Bäckereimeister Klemm unter den Trümmern. Er wurde schwerverletzt in das Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb.

Chemnitz. Eine Benzinexplosion in der Küche. Die Frau eines Friseurs war in ihrer Küche damit beschäftigt, einen Mantel mit Benzin zu reinigen. Plötzlich erfolgte eine heftige Explosion. Der Friseur mit Frau und Tochter erlitten zum Teil schwere Brandwunden und wurden ins Krankenhaus gebracht. Eine Anzahl Fensterhebeln in der Küche und den benachbarten Räumen ist zertrümmert, an einer Stelle der Wohnkuche wurde die Mauer eingedrückt.

Die Explosion ist auf Benzindämpfe zurückzuführen, die sich bei der Reinigung des Mantels entwickelt haben, ohne daß die Anwesenden dies bemerkten.

Annaberg. Freiwilliger Flammentod wegen verschmähter Liebe. Ein 20 Jahre altes Mädchen hat sich mit Petroleum übergeben und angezündet. Sie starb unter entsetzlichen Qualen. Die Ursache dieses grauenhaften Selbstmordes ist verschmähte Liebe.



Arbeiter-Funk überall.

Aus Anlaß der Gründung der Internationalen Vereinigung der Arbeiter-Radio-Organisationen bringen wir einige wissenschaftliche Nachrichten über die Rundfunk-Organisationen verschiedener Länder.

Holland.

Die von der NRC (Niederländische Rundfunk-Gesellschaft) verbreitete und auch von uns gebrachte Nachricht über die Neuorganisation des holländischen Rundfunks ist geeignet, sich über die dortigen Verhältnisse ein falsches Bild zu machen. Unser Mitarbeiter nahm deshalb die Gelegenheit, sich von dem Genossen van Loos-Amsterdam Einzelheiten über die gegenwärtige Regelung des Rundfunks in Holland geben zu lassen. In Holland kennt man keine eigentliche gesetzliche Rundfunkordnung. Die beiden Sender Hollands, in Hilversum und Huizen, sind im Besitze der Nederl. Seintoestellen Maatschappij. Diese Sender werden von sechs Rundfunkvereinen benutzt, von drei christlichen, einem katholischen, einem sozialistischen und einem neutralen. Einer von den Sendern wird vollständig beherrscht von den christlichen Vereinen. Der sozialistische Rundfunkverein sendet seine Programme nur von Hilversum aus. Ihm steht dafür der Sonnabend von 18 bis 24 Uhr zur Verfügung und in Zukunft auch jeder Sonntagvormittag in der Zeit von 8 bis 13 Uhr. Bis jetzt kennt man in Holland keine Besteuerung der Rundfunk-Hörer. Die Rundfunkvereine müssen jedoch für die Benutzung des Senders 20 holl. Gulden pro Stunde an die Gesellschaft abführen und außerdem ihre Vortragenden selbst honorieren. Da diese Kosten aus Mitgliedsbeiträgen und privaten Zuschüssen aufgebracht werden müssen, sind die Programme nicht immer die besten. Um so bemerkenswerter ist es, daß eine Rundfrage ergeben hat, daß 50-60.000 Hörer ständig den Programmen der „Nava“ (Vereinigung der Arbeiter-Radio-Amateure) folgen und daß diese Programme als die besten gelten. Eine Zensur der Programme besteht nicht, und die Sozialisten haben schon oft schwere Angriffe gegen die holländische Regierung durch den Rundfunk verbreitet. Sie hatten auch dem Transportarbeiterverband Gelegenheit gegeben, während des englischen Streikes zu ihren englischen Kameraden zu sprechen. Es besteht also in Holland eine verhältnismäßig weitgehende Freiheit im Rundfunk.

Auf die Frage unseres Mitarbeiters, warum denn der Arbeiter-Radioverein nicht auch den Sender in Huizen benutzen wolle, meinte Genosse van Loos, daß man bewußt darauf hingearbeitet habe, einen rein kirchlichen Sender zu schaffen, um so die Wirkung des weltlichen Senders zu unterstreichen. Dies gilt insbesondere für die Sonntagvormittage, an denen man bewußt den kirchlichen Vortragenden weltliche Gegenüberstellen will, um eine klare Entscheidung der Hörer herauszufordern. Er meint, daß wir um den Erfolg nicht dange zu sein brauchen.

Italienslowakei.

J. B. Nach der für 1926 vorliegenden Statistik gab es insgesamt 174.187 lizenzierte Radios, davon 33.037 Arbeiter. Nach der vorgenommenen Berufsstellung stellen die Arbeiter 18,97 Prozent, Handwerker und Gewerbetreibende 17 Prozent und die Landwirte 5 Prozent. Im Gebiete der Prager Postdirektion ergibt sich, daß 19 Prozent der Hörer Arbeiter sind, 15,5 Prozent Gewerbetreibende, 15,5 Prozent Privatangestellte, 8,5 Prozent Staatsbeamte, 5,5 Prozent Landwirte, 3,5 Prozent Lehrer, 3,5 Prozent Studenten und 2 Prozent Techniker. Im Berliner Bezirk steigt der Anteil der Arbeiter auf 21 Prozent, in Pilsen auf 21 Prozent, in Prag auf 11,5 Prozent.

Die Verwaltungsorgane der Rundfunkstelle sind diesem Verhältnis in der Zahl der Hörer wenigstens insofern teilweise nachgekommen, als täglich eine halbe Stunde für Arbeiter in Benutzung freigegeben werden. Bei der starken Organisationszerstückelung mußte hierfür ein überparteiliches Arbeiterforum gebildet werden, welches die einzelnen Tage auf die verschiedenen Arbeiterparteien aufteilt. Im Rahmen der deutschen Sendungen, die ebenfalls täglich stattfinden, sendet jeweils Mittwochs der deutsch-sozialdemokratische „Freie Radiobund“

Vorträge. Leider wird diese Übung nur beim Prager Sender eingehalten, während der Berliner Sender noch keine Arbeiter-Sendungen kennt, ebensowenig wie der Pilsener und Kaschauer Sender. Demgegenüber haben die Landwirte, die nur 5 Prozent der Hörer stellen, ihre regelmäßigen täglichen Landwirtschaftssendungen, die von Prag simuliert auch nach Pilsen und Pilsen gesendet werden. Der rührigen Zentralbildungsstelle unserer tschechischen Genossen wird es sicherlich aber gelingen, auch hier noch Wandel zu schaffen und den Arbeitern ihrer Hörerstärke entsprechend auch einen stärkeren Anteil am Sendeprogramm zu erringen.

Das Radio ist für den Staat ein ganz gutes Geschäft. 1928 wurden 7,5 Millionen Kronen eingenommen und etwa 3 Millionen ausgegeben. Die Post kassierte außerdem über 2 Millionen dafür ein, daß sie allmonatlich die Gebühren einhebt, es verblieb aber immerhin noch ein Reingewinn von mehr als 1,5 Millionen Kronen. Dafür sind auch die Programme so schlecht, daß der tschechisch-slowakische Hörer, der nur auf seine Heimatstation angewiesen wäre, verweisen müßte. Nun sollen neben den bestehenden vier Sendern weitere zwei in Pilsen und Mährisch-Ostrow errichtet werden.

Es kann noch hinzugefügt werden, daß der Arbeiter-Rundfunk im vorigen Jahre gegründet wurde. Nach langen Kämpfen unserer Genossen ist es auch hier gelungen, diesen Rundfunk von der Zensur zu befreien. Außerdem besteht Aussicht, daß dem Arbeiter-Rundfunk noch mehr Zeit eingeräumt wird, als bisher.

Oesterreich.

Hier ist die Entwicklung des Rundfunks eine langsamere gewesen als in Deutschland. Zunächst ist festzustellen, daß auch in Oesterreich der Rundfunk Monopol des Staates ist. Hinter dem Rücken des Parlamentes wurde dieses Monopol einer privatkapitalistischen Gesellschaft übertragen. Der normale Betrieb mit einem modernen Rundfunksender wurde im Oktober 1924 aufgenommen. Die Zahl der Rundfunkhörer wuchs schnell, so daß bald darauf der Großsender am Rosenhügel in Betrieb genommen werden konnte. Der Gemeinde Wien ist es gelungen, in die Gesellschaft, die den Senderbetrieb inne hat, einzudringen und dadurch unseren Genossen einen maßgebenden Einfluß auf die Programmgestaltung zu sichern. Auf das Drängen unserer Genossen hin, wurde bei der „Nava“, der österreichischen Sendegesellschaft, ein Beirat mit weitgehenden Kompetenzen eingerichtet. In diesem Beirat, der aus 24 Mitgliedern besteht, haben unsere Genossen zwar keine Mehrheit, doch ist es bisher gelungen, jede reaktionäre Tendenz zu unterdrücken.

Die Teilnehmergebühr beträgt in Oesterreich 2 Schilling, Besserbemittelte jedoch 6 Schilling, während Erwerbslose und Blinde von den Gebühren vollständig befreit sind. Außerdem wurden in Oesterreich alle Blinde kostenlos mit Rundfunk-Apparaten versehen.

Belgien.

Auch in Belgien wird die Teilnahme der Arbeiterschaft am Rundfunk weitgehend begünstigt. Insbesondere erfahren hier die Arbeiter-Radioorganisationen tatkräftige Unterstützung von den Behörden.

Und in Deutschland?

Bei uns kann man sich vor Erwägungen und Ueberlegungen, vor Regelungen und Verordnungen nicht enthalten, das zu gewahren, was in einem demokratischen Staate Selbstverständlichkeit sein sollte: Das Recht auf freie Meinungsäußerung auch vor dem Mikrophon!

Veranstaltungskalender

Montag, 19. September 1927.

Rundf. freier, Ortsgruppe Stütz, Gasthof Stütz, 19.30 Uhr.
Rundf. freier, Ortsgruppe Wit-Leipzig, Volkshaus, 19.30 Uhr.

Dienstag, 20. September 1927.

Neue Feuerbestattungsgesellschaft organisierter Freier, Bezirksabteilung, Volkshaus, 20 Uhr.
Menschen, Volkshaus, 17.30 Uhr.

Tageordnungen usw. in vorausgegangenen Infanterien erhältlich



Wandern und Reisen

Einheitliche Verkehrszeichen in ganz Deutschland.

Nachdem durch Reichsverordnung vom 8. Juli 1927 neue Verkehrsschilder für den Kraftfahrzeugverkehr mit Wirkung vom ersten September an festgelegt worden sind, haben die preussischen Minister für Landwirtschaft, des Innern und für Handel und Gewerbe jetzt einen Runderlaß herausgegeben (Ministerialblatt vom 13. 9. 27), der eine einheitliche Regelung der Verkehrszeichen für Preußen anordnet. Da dieser Runderlaß einem Beschluß sämtlicher Länder entspricht, so wird man von nun an in ganz Deutschland einheitliche Verkehrszeichen antreffen.

Außer den bereits durch Reichsverordnung festgelegten Verkehrsschildern kommen bei der einheitlichen Regelung noch in Betracht:

Schilder, die zur Bekanntheit von Wegesperrungen oder von Geschwindigkeits- oder sonstigen Verkehrsbeschränkungen dienen (Verbots- und Verkehrsbeschränkungsschilder).

Wegweiser, die an Wegereuzungen die Zielpunkte der Wege angeben und

Ortsnamen, die dem Wegbenutzer den Namen des Ortes, den er berührt, anzeigen sollen.

Zu den Verbots- und Verkehrsbeschränkungsschildern gehören alle diejenigen Tafeln, die dem Publikum eine polizeiliche Anordnung über eine Wegesperrung (Sperrschilde) oder über langsame Fahrten (Geschwindigkeitschilder) oder eine Anordnung, wonach eine Straße nur in bestimmter Richtung oder nur unter gewissen Einschränkungen oder zu bestimmten Zwecken benutzt werden darf, bekanntgeben sollen. Für die Verbots- und Verkehrsbeschränkungsschilder ist dieselbe Farbzusammenstellung — rot-weiß — gewählt worden. (Weißer Grund, signalrote Umrandung.) In der Form sollen sich die Sperr- und Geschwindigkeitschilder unterscheiden und von den Verkehrstafeln in der Weise unterscheiden, daß die Sperrschilde Pfeilform erhalten, während die Geschwindigkeitschilder viereckig ausgestaltet sind. Bei den Sperrchildern ist im übrigen bei der bisher üblichen Kennzeichnung der Verbote durch Punkte beibehalten worden. Auch der Unterschied in der Kennzeichnung solcher Sperr- und Geschwindigkeitschilder, die nur für Sonn- und Feiertage gelten, ist festgehalten worden.

Da es sich als notwendig erwiesen hat, mitunter bei Krankenhäusern, Schulen und ähnlichen Anstalten besondere Tafeln aufzustellen, die die Kraftwagenfahrer zum vorsichtigen und langsamen Fahren veranlassen sollen, sind für solche Fälle besondere Schilder vorgesehen, die nach dem Muster für Geschwindigkeitschilder ausgestaltet sind.

Als sonstige Verkehrsbeschränkungsschilder kommen Richtungschilder zur Kennzeichnung des vorgeschriebenen Weges im allgemeinen und an Straßenkreuzungen im besonderen in Betracht, die jedoch keine Wegweiser sind, sondern einen bestimmten Weg anzuweisen vorsehen; ferner Schilder für Einbahnstraßen und Straßen erster und zweiter Ordnung, Schilder für Parkplätze und für Stellen, an denen das Parkieren verboten ist, und endlich Schilder für Fußgängerüberwege. Bei den Wegweisern, deren Aufstellung Sache der Wegeunterhaltungsbehörden ist, haben die Wegpolizeibehörden im Interesse der sicheren und hemmungslosen Abwicklung des Verkehrs darauf zu achten, daß die Wegweiser überall da, wo es notwendig ist, aufgestellt werden.

Nach gelegentlichen Beobachtungen läßt der gegenwärtige Zustand in dieser Hinsicht noch viel zu wünschen übrig. Besonders müssen innerhalb geschlossener Ortsteile eine hinreichende Anzahl von Wegweisern angebracht werden, so daß der Durchgangsverkehr schnell auf kürzestem Wege durch Städte usw. hindurchgeschleust werden kann. An wichtigen Verkehrsnotenpunkten in Städten ist nach Möglichkeit für Beleuchtung Sorge zu tragen.

Die Aufstellung von Ortsnamen hat an allen Durchgangsstellen, in jedem Falle aber an der Hauptstraße des Ortes, am Eingang und Ausgang des Ortes, zu erfolgen. In der Aufschrift sind auf der Vorderseite der Name des Ortes, der Kreis und der Regierungsbezirk anzugeben, auf der Rückseite, also dem Ortsinnern zugekehrt, ist der nächste größere Ort und die Entfernung dahin in vollen Kilometern zu verzeichnen, damit der Ort Verlassende die Richtung des Weges erkennen kann. Die Farbe der Schilder ist hellgelb mit schwarzem Rand. Die Schrift ist schwarz. Die Tafeln sind, soweit nicht besondere Gründe entgegenstehen, auf der rechten Seite des Weges, nach dem Eingange des Ortes zu setzen, aufzustellen. Die Posten sind weiß zu streichen und erhalten einen spiralförmigen Querstreifen in schwarzer Farbe. Auf allen Schildern ist die Anbringung von Reklame verboten.

Unzupf-Hüte
schnell, billig,
effektiv
„Hausdurchkäse“

Filialen:
Brühl 6
Grimmischer Steinweg 15
Windmühlenstraße 24
Eisenbahnstraße 31

Familien-Nachrichten

Dank

allen für liebevolle Teilnahme an dem so überaus schweren Verlust meiner Lebensgefährtin und lieben Mutter ihrer Kinder

Elsa Kretschmar
geb. Mühlberg.

Möge der Weltlauf alle vor einem gleichen Schicksal bewahren.
Cröbern, Wachau, Leipzig.

Artur Kretschmar, Käthe-Gerda nebst Söhnen und Hinterbliebenen.

In unserem Verlage erschien:
**Die freien Gewerkschaften
in der großen Krise**
Bürgerblut und Gewerkschaften
von Johannes Kreyen
Preis 60 Pfennig
Alle Austräger und Filialen der Volksgesetzgebung nehmen Bestellungen entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilung Buchabteilung - Tauhafer Straße 19/21

Ämtliche Bekanntmachungen

Die Wersfelder Staatsstraße wird zwischen Leipzig-Lindenau und der Dupfeldstraße (in der Nähe des Bahnhofs Rilmarsdorf) wegen Ausführung von Bauarbeiten in der Zeit vom 20. September bis 18. Oktober 1927 für allen Fahr- und Reitverkehr gesperrt. Der Verkehr wird von Leipzig-Lindenau über die Wieland-, Gundorfer und Dupfeldstraße nach der Wersfelder Straße und umgekehrt verlaufen.
Leipzig, am 17. September 1927.
Die Amtshauptmannschaft.

Markranstädt, Donnerstag, den 22. September 1927, 8.30 abends, Schulverbandsausgangssitzung im Sitzungssaal der alten Schule am Weißbachweg. Tagesordnung hängt im Rathaus aus.
Schulsausschuß Markranstädt

Kontursmasse-Ausverkauf!

Das zur Kontursmasse M. Immerallid gehörende Warenlager, bestehend aus: Uhren, Juwelen, Gold- u. Silberwaren, Kristall mit Silber-Einfaßung, Altpatentkerzen usw. gelangt im Geschäftslokal, Nordstraße 1, zum Einzelverkauf. Direktor Wilhelm Knoche, als Kontursverwalter.

Herbst-Aepfel
geerntet, schöne, à 3 Lit. 10 Pf.
verändert gegen Nachnahme
Gg. Schmeider, Lindenbach, Abb.

Schuh-Reparaturen

Bähr
L. Lindenau, Gundorfer Straße, Ecke Salztstraße
Pilsnitz, Jahnstraße 42
Jede Reparatur sofort

